Jahresbericht *1998*

Beirat der Hessischen Gesellschaft für
Demokratie und Ökologie e.V. (HGDÖ),
Landesstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung:
Prof. Dr. Egon Becker, Prof. Dr. Micha Brumlik,
Margarethe Goldmann, Dr. Rebekka Habermas,
Prof. Dr. Barbara Holland-Cunz,
Prof. Dr. Detlev Ipsen, Mechthild Jansen,
Karl Kerschgens, Dr. Birgit Laubach,
Roland Schaeffer, Thomas Schmid

Vorstand: Monika Hantschick, Sebastian Popp,
Ute Schädler, Anna Seifert

Geschäftsführer: Mathias Fechter
Bildungsreferent: Christian Gasche
Bildungsreferentin: Margret Krannich
Bildungsreferent: Alexander Nimmermann
Teamerin: Odette Barbosa

Impressum:
Jahresbericht 1998
der HGDÖ

Text: Rolf Krämer

Gestaltung: michon mediengestaltung,
Peter Mischung, Hofheim/Ts.

Fotos: J.H. Darchinger, S. Gölitzer, C. Gasche

Kontakt: Hessische Gesellschaft für Demokratie und
Ökologie e.V., (HGDÖ)
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt am Main
Tel: 069/ 23 10 90 oder 069/ 23 06 74,
Fax: 069/ 23 94 78
e-mail: info@hgdoe.de
http://www.hgdoe.de

Spenden unter:
Ktonr.: 227 650 der
Ökobank Frankfurt am Main e.G.
BLZ: 500 901 00

Inhalt

I. Editorial 5
1998 im Überblick 5
Ausblick 1999 7

II. Kongresse und Tagungen 9
Die Zeichen der Zeit: Zeit der Medien – Medien-Zeit? 9
Elektronische Demokratie 10
Global Governance – politische Verhandlungssysteme
und internationale Frauenpolitik 11
Vom öffentlichen Gebrauch der Vernunft 13
Lernen und Bildung in der Wissensgesellschaft 14
Medical Marijuana 15
Politik der Liebe 17

III. Diskussionen 18
Von Rio in die Region 18
Rot und/oder Grün 19
Lust auf Europa 19
a. Gießen 19
b. Kassel 20
Städte der Zuflucht 20
Fünfzig Jahre und heute – Die Beziehungen zwischen Israel,
Palästina und Deutschland 21
a. Wo liegt Palästina 21
b. Vorstellungen von Israel – Israel als multikulturelle Gesellschaft 21
c. Frauen in den Gesellschaften Israels und Palästinas 21
d. life accoring to agfa 21
*e. Religiös contra Sekulär – Israel zwischen Zionismus
Orthodoxie und Postzionismus* 21
*f. Umgang mit dem Unfaßbaren – Shoa im politischen und
gesellschaftlichen Diskurs Israels und Deutschlands* 21
g. Die deutsche Linke und Israel: Ein abgeschlossenes Kapitel? 22
h. third generation 22
i. Friedensprozeß – Stagnation und Perspektiven 22
Frauen in der Informationsgesellschaft 22

IV. Seminare 23
Wie halt ich's mit der Öffentlichkeit?
Kommunikation in der politischen Bildungs- und Projektarbeit 23
Natur, Kunst, Ästhetik, Bildung, Ökologie 23
Internet und Politik Teil 3 –
Online-Marketing für politische Organisationen 24

V. Gesprächsrunden 26
Sustainable Development – ein nachhaltiger Beitrag
zur Entpolitisierung der Ökologie 26
Forum Frankfurter Bürgernetz 26
Was ist politisch an Kunst und Literatur in den Neunzigern? 26
Jour-Fixe zu politischen Fragen der Zeit 27
a. Jour fixe am 6. Juli 1998 27
b. Jour fixe am 7. September 1998 27
c. Jour fixe am 2. November 1998 27

VI. Dokumentation 28
Stadt und Natur – Kunst und Ökologie 28
Internet-Plattform 28

VII. Die HGDÖ persönlich 29

VIII. Finanzbericht 1998 33

IX. Publikationsliste der HGDÖ 35

X. Selbstdarstellung 37

II. Editorial

Kommunikationsfähigkeit ist die wohl grundsätzlichste und wichtigste Voraussetzung menschlichen Zusammenlebens überhaupt. Die Entwicklung fortgeschrittener Verständigungsmechanismen markiert vielleicht den bedeutendsten Schritt der Menschheit aus dem Urschlamm in die Zivilisation und unterscheidet uns wesentlich von den anderen Arten, deren Kommunikation reduziert blieb.

Zu welchen dramatischen Folgen der Verlust dieser Kommunikationsfähigkeit zu führen vermag, wird der staunenden Welt derzeit im Kosovo vor Augen geführt: Ein offenbar gehörloser slawischer Despot kümmert sich einen Dreck um Appelle, Aufforderungen oder Drohungen der vermeintlich zivilisierten westlichen Industrienationen und treibt sie dazu, sich der niedersten Kommunikationsform zu bedienen, der Sprache der Gewalt. Erschreckend dabei, mit welcher offenbar unaufhaltbaren Dynamik sich dieser Krieg aus dem Gebot der Glaubwürdigkeit (der Angst vor Gesichtsverlust?) der NATO entwickelt und über weitere Kommunikation mit dem Bösevic obsiegt hat. Eine Situation in der Krieg wieder zum anderen Mittel fortgesetzter Politik wurde.

Kommunikationsfähigkeit erfordert das Erlernen der Verständigung und den Willen dazu. Dieses Erlernen ist eines der wichtigsten Ziele politischer Bildung, wie sie die Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie (HGDÖ) – Landesstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung versteht: Ohne die Bereitschaft zur Verständigung, ohne die Fähigkeit zur Kommunikation könnten wir nicht die Fragen stellen, die die Welt bewegen und keine Antworten auf sie vermitteln. Kommunikation ist gleichsam das Elixier politischer Bildung: Als Auseinandersetzung mit Themen und Personen im persönlichen Dialog, im Vortrag, bei der Lektüre oder im Internet – in jeder Form des Gedankenaustauschs.

Kommunikation ist gleichsam das Elixier politischer Bildung: Als Auseinandersetzung mit Themen und Personen im persönlichen Dialog, im Vortrag, bei der Lektüre oder im Internet.

Die Kommunikation indes wandelt ihre Formen unablässig und schneller denn je. Während unsere Vorväter noch beim abendlichen Thing unter der Eiche die Geschicke des Germanenstamms besprachen, sich in folgenden Generationen mühsam des Verständnisses der Schrift bemächtigten und noch in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts viele (auch west-) deutsche Familien kein Telefon besaßen, sind es nun die weltweiten Datenströme im Internet, die zum Ortstarif Kommunikation ausmachen.

Und weil auch deren Handhabung – ähnlich wie sprechen, lesen, telefonieren oder morsen – bestimmte Kenntnisse erfordert, haben wir die modernen Kommunikationstechnologien im vergangenen Jahr zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit gemacht. In mehreren Veranstaltungen und Seminaren stand die kritische Würdigung der Konsequenzen der kommunikativen Revolution im Mittelpunkt: Gerade bei Entwicklungen von dieser Dimension und Rasanz ist es unerläßlich vor lauter Faszination die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt im Auge zu behalten.

1998 im Überblick

Neben dem Forum *Elektronische Demokratie*, der Diskussion *Frauen in der Informationsgesellschaft*, dem *Frankfurter Forum Bürgernetz* und dem Seminar *Internet und Politik* hat sich vor allem die Virtuelle Konferenz *Lernen und Bildung in der Wissensgesellschaft* in Form und Inhalt mit dem Thema befaßt. Erstmals gelang es uns hier, eine komplette politische Konferenz, mit Vorträgen und Diskussionen ausschließlich in der virtuellen Welt des Internet durchzuführen. Über 60.000 Hits von rund 300 Teilnehmern sind da eine tolle Resonanz auf die wir außerordentlich stolz sind und die uns bei allen Verbesserungsmöglichkeiten zeigt: Politische Bildung im Internet ist möglich und wird nachgefragt.

Weitere Anforderungen an Kommunikationsfähig-

keit in den neuen Systemen unserer Epoche wurden auf den Tagungen *Zeichen der Zeit – Zeit der Medien*, *Global Governance – Politische Verhandlungssysteme und internationale Frauenpolitik* und *Politik der Liebe* sowie dem Seminar *Wie halt ich's mit der Öffentlichkeit? Kommunikation in der politischen Bildungs- und Projektarbeit* vielschichtig behandelt.

Insgesamt war 1998 ein gutes Jahr für die HGDÖ. Es gelang uns, innovative Konzepte politischer Bildung umzusetzen und auch inhaltlich neue Akzente zu setzen, ohne unsere traditionellen Schwerpunkte zu vernachlässigen. Wir konnten eine Vielzahl qualitativ hochwertiger Angebote machen, die überaus gut angenommen wurden. So gelang es uns, die Teilnehmerzahl weiter zu steigern, ohne das Niveau zu senken.

Unser Ansatz, Eigenveranstaltungen mit ausgesuchten Kooperationspartnern zu organisieren, anstatt unsere Mittel im Gieskannenprinzip an Dritte weiterzuleiten, zahlt sich mehr und mehr aus: So können wir kontinuierlich inhaltliche Schwerpunkte entwickeln und ausbauen. Dabei profitieren die Folgeveranstaltungen von den Ergebnissen ihrer Vorläufer und unserer eigenen wachsenden Expertise.

Eine gelungene Fortentwicklung aus früheren Veranstaltungen war im Bereich Gesundheit der große Kongreß *Medical Marijuana*, auf dem die medizinischen Nutzungsmöglichkeiten von Cannabis erörtert wurden und dem zu Recht außerordentliche öffentliche Aufmerksamkeit widerfuhr. Es ist ein Skandal, daß deutsche Gesetze die erwiesenermaßen wirksame medizinische Anwendung von Marihuana etwa in der Schmerz- und AIDS-Therapie immer noch unter Strafe stellen.

Die praktische Umsetzung der umweltpolitischen Agenda 21 überprüften wir in der Wetterau mit der Diskussion und Projektmesse *Von Rio in die Region* und bei dem Gespräch *Sustainable Developement*.

Mit zwei Diskussionsveranstaltungen versuchten wir rund 370 hessischen Schülern *Lust auf Europa* zu machen, indem wir sie mit Europapolitikern verschiedener Couleur ins Gespräch brachten. Da es uns in Kooperation mit den jeweiligen Fachlehrern gelang, das Thema vorbereitend in den Schulunterricht einzubinden, waren die Schüler nicht nur inhaltlich präpariert, sondern auch mutig genug, dem Podium ordentlich auf die Pelle zu rücken.

Gesellschaftliche Befindlichkeit erörterte die Vortragsreihe *50 Jahre und heute – Die Beziehungen zwischen Israel, Palästina und Deutschland* sowie die Round-Table-Reihe *Was ist politisch an Kunst und Literatur in den Neunzigern?* Zu diesem Bereich und einem unserer konstanten inhaltlichen Schwerpunkte muß auch das Werkstatt-Seminar *Natur, Kunst, Ästhetik, Bildung, Ökologie* gerechnet werden, in dem eine Diskussion fortgesetzt wurde, die bereits 1996 auf einer entsprechenden Veranstaltung in Frankfurt und 1997 im Rahmen der documeta X begonnen wurde: Wie beziehen sich Kunst und Natur aufeinander? Im Anschluß an die früheren Veranstaltungen zu diesem Thema erschien 1998 in der Dokumentationsreihe der HGDÖ der zehnte Band: *Stadt und Natur – Kunst und Ökologie*.

Fast schon zur Kassandraprophezeiung wurde unsere Bonner Veranstaltung *Rot und/oder Grün*, bei der die Hoffnungen auf rot-grün im Bund bereits vorab deutlich reduziert wurden. So sollte es dann ja auch kommen: Zwar gelang es 1998 tatsächlich nach sechzehn Jahren Kohl abzulösen, doch ist die innenpolitische Reformkraft der neuen Regierung bislang nicht wie erhofft zur Geltung gekommen.

Eine liebe Tradition ist der HGDÖ die Organisation von Benefizveranstaltungen für Projekte, denen wir uns verbunden fühlen und denn wir alles Gute wünschen. 1998 unterstützten wir so die Internationale Initiative *Städte der Zuflucht* mit einer viel beachteten Lesung des Frankfurter Stipendiaten Faraj Sarkouhi aus dem Iran.

Und was wir im vorigen Jahresbericht vollmundig angekündigt hatten, konnten wir 1998 in die Tat umsetzen: Seitdem Margret Krannich unser Team

ergänzt, wurde der Themenschwerpunkt Geschlechterdemokratie deutlich gestärkt. Neben den themenspezifischen Veranstaltungen *Global Governance*, *Politik der Liebe* und *Frauen in der Informationsgesellschaft* manifestiert sich dies im überall zunehmenden Gewicht der frauenpolitischen Perspektive. Ebenfalls neu bei der HGDÖ ist Alexander Nimmermann, der den Schwerpunkt Jugend und Europa bearbeitet.

Ausblick 1999

Im Jahr 1999 werden wir den Schwerpunkt neue Kommunikationstechnologien ausbauen und insbesondere auf den Erfahrungen der virtuellen Konferenz aufbauen. In diesem Zusammenhang sei auf unsere verbesserte Homepage hingewiesen, auf der sich Hinweise auf kommende Veranstaltungen finden und vergangene nachbereitet werden: www.hgdoe.de

Wir werden 1999 die Frage nach sozialer Gerechtigkeit als europäisches Thema und im Kontext des Erstarkens der europäischen Sozialdemokratie einerseits und der Entwicklung weiterer Individualisierungsprozesse auf der anderen behandeln. Fortführen werden wir jedenfalls die Reihe *Lust auf Europa?* mit hessischen Schülern. Für 1999 war auch eine Bildungsreise nach Sarajevo geplant, deren Schicksal angesichts des Krieges in Jugoslawien derzeit jedoch überaus zweifelhaft ist.

Eine drängende Frage – gerade vor dem Hintergrund der CDU-Kampagne zum Doppelpaß – ist die Neubetrachtung von Modellen direkter Demokratie: Sind diese sinnvoll oder zwangsläufiges Opfer populistischer Stammtischpolitik?

Wir hoffen, auch in diesem Jahr wieder das richtige Gespür für die Themen und Persönlichkeiten zu haben, um politische Bildung lebendig und spannend anbieten zu können. Wir werden unser bestes geben und sind zuversichtlich. Daneben wünschen wir der rot-grünen Bundesregierung, daß sie nach einigen Anlaufschwierigkeiten in Fahrt kommt und das erreicht, was sich so viele von diesem Neubeginn versprochen haben.

Vor allem aber hoffen wir, daß es schnell gelingt den furchtbaren Krieg im Kosovo zu beenden und zu einer für alle Menschen dort akzeptablen Lösung zu kommen. Und hierfür wünschen wir den Verantwortlichen auf allen Seiten: Kommunikationsfähigkeit.

Die Zeichen der Zeit: Zeit der Medien – Medien-Zeit?
Tagung im Museum für Moderne Kunst, Frankfurt am Main
22. März 1998

Angesichts des Jahrtausendwechsels ist das Empfinden von Zeit sensibilisiert: Allein die Jahreszahl 2000 ist Anlaß zur Reflektion. So widmete sich die Tagungstrilogie "Zeichen der Zeit" den Fragen nach Zeitwahrnehmung und Zeitrythmen. Die Veranstaltungsreihe wurde in Kooperation mit der hbs und den Landesstiftungen in Bayern (Petra-Kelly-Stiftung) und Baden-Württemberg durchgeführt.
Bei der Tagung der HGDÖ im Museum für Moderne Kunst setzten sich 40 Teilnehmer mit dem Verhältnis von Medienentwicklung und Zeitverständis auseinander: Medien, gleich welcher Art, haben die Funktion, raum-zeitliche Distanzen zu verringern.

Medien, gleich welcher Art, haben die Funktion, raum-zeitliche Distanzen zu verringern.

Am Beispiel medientheoretischer Analysen und medialer Zeitbilder beschäftigten sich die Teilnehmer mit mediengeprägter Zeitwahrnehmung. Dem Ort entsprechend wählten wir unterschiedliche Präsentationsformen und die Auseinandersetzung auch mit der künstlerischen Wahrnehmung des Themas. Mit der Herausbildung neuer audiovisueller Kommunikationsformen hat die Beschleunigung in den vergangenen 20 Jahren eine neue Dimension erreicht: Zeit schrumpft auf den Augenblick, der Raum ist von ihr gelöst und verliert an Bedeutung.

ZEIT – MEDIEN - WAHRNEHMUNG
Dr. Mike Sandbothe vom Institut für Philosophie an der Universität Magdeburg illustrierte in der Auseinandersetzung mit den Thesen der Philosophen Jacques Derrida und Richard Rorty die aktuelle philosophische Zeitdiskussion.

DAS VERSCHWINDEN DER ZWISCHENZEITEN
In seiner mediengeschichtlichen Skizze des Distanzverlustes setzte sich Dr. Götz Großklaus, Professor für Literaturwissenschaft an der Universität Karlsruhe mit Zwischenräumen, Passagen und Intervallen als Bedingungen unserer Wahrnehmung auseinander. Die audiovisuellen Medien – von der Fotografie bis zum www – haben durch ihre enorme Beschleunigung diese Wahrnehmungselemente vor allem reduziert.

ON KAWARA: "DATE-PAINTINGS"
Das Museum für Moderne Kunst unterstützte uns auch in Person von Dr. Andreas Bee, der den Tagungsteilnehmern anhand der Date-Paintings des japanischen Künstlers On Kawara eine weitere medial-ästhetische Bewältigung und Bearbeitung der Zeit darstellte und uns zugleich in das Zeit-Sujet des Künstlers einführte.

ZEIT IM FILM
Am Beispiel von Sequenzen aus Filmen von David Lynch erläuterte der Medientheoretiker und Journalist Georg Seßlen Zeitstrukturen und -sprünge in modernen Filmwerken.

ZEITPRAKTIKEN
Die faktischen Auswirkungen moderner Medien auf den Zeitumgang der Menschen erörterte die Aachener Soziologin Dr. Daniela Ahrens. Die Untersuchungen ihres Instituts stellten vielschichtige mediale Zeitverwender fest: Von technikfaszinierten Wellenreitern, über Skeptiker bis zu Zeitjongleuren hat sich hier eine Szene mit einem völlig neuen Zeitverständnis entwickelt.

MEDIENZEIT IM MEDIENZEITALTER
Im Mittelpunkt der von Gertrud Koch moderierten Abschlußdiskussion stand die Frage der politischen Konsequenzen des durch die Medien veränderten Zeitumgangs und die Aufgaben, die sich

DIE ZEICHEN DER ZEIT

für die politische Bildungsarbeit hieraus ergeben. Sie muß sich mit den von den neuen Medien vorgegebenen Zeitstrukturen auseinandersetzen und ihnen – wo sie zerstörend wirken – Gegenpositionen setzen.

In der Reihe fand außerdem folgende Tagung statt:
"Bessere Zeiten?! Zeitstrukturen und Demokratie", 16. Mai 1998 in Heidelberg (hbs Baden-Württemberg)

Elektronische Demokratie
Kongreß an der Universität Frankfurt am Main 12. Juni 1998

Die Initiative Informationsgesellschaft Medien Demokratie (IMD) veranstaltete im Juni den zweitägigen Kongreß "Machtfragen der Informationsgesellschaft" und widmete sich damit einem unserer Lieblingsthemen: Der Frage nach den Veränderungen der Machtstrukturen im Zeitalter digitaler Kommunikation und den Konsequenzen, die sich daraus für die demokratische Gesellschaft ergeben.

Eines unserer Lieblingsthemen: Die Frage nach den Veränderungen der Machtstrukturen im Zeitalter digitaler Kommunikation und den Konsequenzen, die sich daraus für die demokratische Gesellschaft ergeben.

Im Rahmen des Gesamtkongresses organisierte die HGDÖ in Kooperation mit der hbs deshalb den Themenschwerpunkt "Elektronische Demokratie": In vier Arbeitsgruppen stellten Experten ihre Erfahrungen zu Theorie und Praxis der demokratischen Nutzung digitaler Netze den 50 Teilnehmern zur Diskussion.
Selbstverständlich können die Beiträge der Referenten auf unserer homepage studiert oder auch heruntergeladen werden. Die hbs hat eine gedruckte Dokumentation erstellt.

EINLEITUNGSREFERATE
Dr. Hans J. Kleinsteuber ist Professor für Politologie und Journalistik an der Uni Hamburg. Er beschäftigte sich in seinem Beitrag "Visionen einer technischen Erneuerung des politischen Systems" mit dem Verhältnis von Demokratie und Technik. Er monierte die spezifisch deutsche Schwerfälligkeit bei der Erprobung neuer Informationstechnologien.
Dem setzte Dr. Stephen Coleman von der UK Citizens Online Democracy (UKCOD), einem Dienst zur Online-Verbreitung politischer Information und unabhängiger Diskussion, die Erfahrungen seines Projekts entgegen. Die UKCOD kooperiert regelmäßig mit Parteien, öffentlichen Institutionen und gewerblichen Partnern.

ARBEITSGRUPPE: INTERNET UND POLITIK
Das Internet hat sich als Ort politischer Kommunikation längst etabliert. Anhand der Referate von Praktikern wurde eine kritische Bestandsaufnahme seiner politischen Nutzung vorgenommen.

Das Internet hat sich als Ort politischer Kommunikation längst etabliert.

Dr. Rainer Rilling (Soziologe) referierte zunächst den Stand der Vernetzung politischer Websites in Deutschland.
Heike Garbe und Ekkehard Jänicke (PDS, AG Medien) haben die Websites politischer Parteien untersucht und festgestellt, daß sich hier mittlerweile eine erhebliche Professionalisierung und zentrale Kontrolle durch die Partei ergeben hat.
Eine positive Bilanz der Möglichkeiten von e-mail-gestützten Mailinglists in der politischen Diskussion und Darstellung zog Markus Klima (SPD).
Dr. Johannes Ludwig stellte am Beispiel der durch Veröffentlichungen im Internet gestoppten Geheimverhandlungen über ein Internationales Investmentagreement (MAI) die Nutzung des Internet zur Aufklärung dar.
Spezifische Anforderungen für den Entwicklungsprozeß von Bürgernetzen formulierte Peter Mambrey (GMD – Forschungszentrum Informationstechnik) anhand der Betrachtung amerikanischer und europäischer Bürgernetze.

ARBEITSGRUPPE: BÜRGERINNEN UND VERWALTUNG IN DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT
Vielerorts rufen die öffentlichen Verwaltungen in Deutschland eigene IT-Projekte ins Leben. In die-

ser Arbeitsgruppe wurde die Schnittstelle zwischen Bürger und Verwaltung hinsichtlich der Möglichkeiten interaktiver Dienstleistungen betrachtet.
Prof. Dr. Herbert Kubicek und Martin Hagen (Forschungsgruppe Telekommunikation an der Universität Bremen) stellten ihr Konzept des Bremer Stadtinformationssytems vor und erläuterten den bundesweiten Stand der kommunalen elektronischen Dienstleistungen.
Lothar Ewert, Leiter der Zentralstelle Informations- und Kommunikationswesen (Hamburg), sieht das dortige DiBIS-System als moderne Verwaltung im Dienste der Bürger. Für Bürger ohne eigenen Internetzugang wurden bislang zehn öffentliche Info-Kioske eingerichtet. 1999 soll das DiBIS zum Transaktionssystem erweitert werden.
Dem stellte der Oldenburger Professor Dr. Klaus Lenk das Modell der multifunktionalen "Bürger-Büros" entgegen. Hier vermitteln natürliche Personen die multimedialen Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bürger und Verwaltung oder auch Geld- und Informationsdienstleistungen kommerzieller Anbieter.
Mit Überlegungen zu "community networks" aus der Verwaltungsperspektive ergänzten Roland Wirt (Institut für Innovationsberatung und Entwicklung der GMD St. Augustin) und Ronald Tost (Forschungsgruppe Verwaltungsautomation, Kassel) die Debatte: Die Schnittstelle zwischen Bürger und Verwaltung muß grundsätzlich neu geordnet werden.

Die Schnittstelle zwischen Bürger und Verwaltung muß grundsätzlich neu geordnet werden.

ARBEITSGRUPPE: ZIVILGESELLSCHAFTLICHE PROJEKTE ELEKTRONISCHER DEMOKRATIE

Die sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre eroberten frühzeitig die neuen Medien mit innovativen Vernetzungsstrategien. In letzter Zeit ist es still geworden um diese Online-Avantgarde.
Die Medienkünstlerin Rena Tangens aus Bielefeld unterstrich, daß die technische Möglichkeit zum Abrufen von Information allein keine ausreichende Voraussetzung für eine demokratische Techniknutzung sei. Information gebe es bereits im Übermaß, die Menschen benötigten nun vor allem den Mut auszuwählen, der eigenen Wahrnehmung zu trauen und eigene Ziele zu finden.
Die Journalistin Gabriele Hooffacker referierte über die Geschichte des –Computernetzwerk Linksystemeì, das erste deutschsprachige Computernetz, in dem nur wenig über Computer zu lesen war, dafür um so mehr über den Regenwald und von geschützten Tierarten oder über Menschenrechtsverletzungen.

Die technische Möglichkeit zum Abrufen von Information allein ist keine ausreichende Voraussetzung für eine demokratische Techniknutzung.

ARBEITSGRUPPE: BÜRGERINNENNETZE UND DIGITALE STÄDTE – EIN GESCHEITERTES MODELL ODER NOTWENDIGER BAUSTEIN DEMOKRATISCHER KOMMUNIKATIONSPOLITIK?

Nachdem kommunale BürgerInnennetze zunächst als Modelle zur Erneuerung städtischer Öffentlichkeit gepriesen wurden, stellte die Praxis dem regelmäßig eine unbefriedigende Teilnahme der Bürger gegenüber. Ist die Zeit digitaler Städte vorbei? Oder lassen sich mittlerweile realitätstaugliche Modelle entwickeln.
Joachim Blank, Informationswissenschaftler an der Kunsthochschule Leipzig, schilderte seine Erfahrungen als Gründer der "Internationalen Stadt Berlin" (IS), die zum "verwalteten Dinosaurier" mutiert, letztlich als spannendes Projekt eingestellt wurde.

Ist die Zeit digitaler Städte vorbei?

Global Governance – politische Verhandlungssysteme und internationale Frauenpolitik

Internationale Tagung an der Justus-Liebig-Universität, Gießen
13. bis 15. November 1998

Internationale Frauenorganisationen haben im Verlauf der neunziger Jahre zusehends an Einfluß bei den Weltkonferenzen der UN-Organisationen gewonnen: Sei es beim Umweltgipfel in Rio 1992, wo Teilhaberechte der Frauen ausdrücklich betont wurden, beim Menschenrechtsgipfel 1993 in

Wien, als Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung anerkannt wurde oder bei der Bevölkerungskonferenz in Kairo (1994), die die reproduktiven Rechte der Frauen bestätigte. Alle diese Ergebnisse bekräftigte nachdrücklich die Weltfrauenkonferenz von 1995.

Global Governance kann im Unterschied zum nationalstaatlichen Regieren stärkere frauenpolitische Eingriffschancen bieten.

Ausgehend von der These, daß Global Governance im Unterschied zum nationalstaatlichen Regieren stärkere frauenpolitische Eingriffschancen bieten kann, ging die von 115 Teilnehmern besuchte Tagung dem Phänomen nach, daß insbesondere solche politischen Systeme hohe Integrationskraft entfalten, die im wesentlichen über Aushandlungsprozesse funktionieren.

Mitveranstalter der Tagung waren die hbs und der Schwerpunkt Politikwissenschaftliche Frauenforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Einführung

Prof. Dr. Barbara Holland-Cunz und Dr. Uta Ruppert (Justus-Liebig-Universität Gießen) führten in die Thematik ein: Durch die "Verhandlung der Verhandlung" würden die beschriebenen integrativen Prozesse erleichtert – die Bedingungen der Konsultation und die Verfahren des weiteren Prozesses werden stets zusammen erörtert.

Verhandlungsereignis

Dr. Flavia Pansieri (UNIFEM, USA), Viviene Taylor (DAWN, Südafrika) und Dr. Christa Wichterich ließen die herausragenden Verhandlungsereignisse der vergangenen Jahre Revue passieren und untersuchten sie im Hinblick auf ihre frauenpolitische Bedeutung: Welche waren positiv, welche negativ hervorzuheben?

Verhandlungsverfahren

Dr. Jutta Joachim (USA), Toko Matshe (CWRCN, Zimbabwe) und Hellen O'Conell (WIDE, Großbrittannien) diskutierten unter der Moderation von Dr. Elisabeth Bongert wie Strukturen und Verfahren des Verhandelns unter frauenpolitischer Perspektive zu bewerten sind. Allein Formen des Verhandelns sind demnach unabhängig vom Inhalt geeignet, das Ergebnis zu präformieren.

Verhandlungsebenen

Nach der ernüchternden Erkenntnis, daß die nationalen Partizipationsforderungen von Frauen in den vergangenen zwei Dekaden lediglich in Skandinavien einigen Erfolg zeitigten, stellt sich die Frage, ob internationale Kooperation und Konsultation der bessere Weg wäre.

Die Erfahrungen von Thais Corral (WEDO, REDEH, Brasilien) stützten diese These: Nach der Weltfrauenkonferenz in Peking wurde in Brasilien für alle Parteien eine 30-prozentige Frauenquote gesetzlich verordnet. Bei den folgenden Kommunalwahlen hat sich die Zahl der Bürgermeisterinnen verdoppelt.

Dem setzte Olga Lipovskaya (Center of Gender Issues, Petersburg, Russland) entgegen, daß in ihrer Heimat auch nach solchen Konferenzen das Interesse der Bürger an der Politik völlig unterentwickelt sei.

Ruth Klingebiel (NRO-Frauenforum, Duisburg) und Dr. Anfa Ruf (Frankfurt a.M.) ergänzten die Runde, die von Dr. Uta Ruppert geleitet wurde.

Verhandlungschancen

Beim abschließenden Round-Table mit allen Referentinnen, moderiert von Prof. Dr. Barbara Holland-Cunz, wurde das utopische Moment betont: Wie hätten Verhandlungssyteme idealtypisch auszusehen, die mit hoher Sicherheit frauenpolitische Erfolge erzeugen könnten?

Besondere Beachtung fanden die lokalen Agenda-21-Prozesse, die möglicherweise ein Demokratiemodell aufzeigten, das besser zur Beteiligung von Frauen tauge, als das repräsentative System.

Internationale Tagung

GLOBAL GOVERNANCE

Politische Verhandlungssysteme und internationale Frauenpolitik

Vom öffentlichen Gebrauch der Vernunft
Tagung im Literaturhaus, Frankfurt a.M.
18. Oktober 1998

Die gegenwärtigen politischen Bedingungen sind nicht intellektuellenfreundlich. Unter der Herrschaft des Primats "Ökonomismus" geraten Kultur, Künstler und letztlich auch Intellektuelle unter wirtschaftlichen Rechtfertigungsdruck: Das Umrechnen jeder Leistung in Geld läßt ihr Ansehen gegen Null tendieren.
Niemand möchte sich von einer Machtelite vorschreiben lassen, wie er denken darf. Doch angesichts derer vorherrschender Position im öffentlichen Bewußtsein fragt es sich, wie es um die Gelehrten von heute steht. Können und wollen sie noch aufklären? Und wie sieht ihr Publikum aus?

Die gegenwärtigen politischen Bedingungen sind nicht intellektuellenfreundlich.

INTELLEKTUELLE – POLITIK – ÖFFENTLICHKEIT

INTELLEKTUELLE UND DER MACHTDISKURS DES ÖKONOMISCHEN

Weil das Gesellschaftliche, das Politische und Kulturelle, gegenüber dem Ökonomischen zunehmend in den Hintergrund zu treten scheinen, wurde in diesem ersten Themenfeld nach der gesellschaftlichen Rolle der Intellektuellen gesucht. Micha Brumlik, Professor für Erziehungswissenschaften in Heidelberg, betrachtete die Rolle der Intellektuellen in der Bundesrepublik. In der Berliner Republik droht seines Erachtens ein Abschied vom Gerechtigkeitsdiskurs.

Das Gesellschaftliche, das Politische und Kulturelle, scheinen gegenüber dem Ökonomischen zunehmend in den Hintergrund zu treten.

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierte er mit der Berliner Politikwissenschaftlerin Antonia Grunenberg, dem Philosophen Thomas Seibert (Frankfurt am Main) und Silvia Kontos, Professorin für Sozialwissenschaftlerin. Die klassische Intellektuellenrolle, ziele auf Befreiung durch Erkenntnis. Mit dem Ende der prägenden Rolle der Intellektuellen habe sich das alte Deutschland, verabschiedet. Insbesondere die unterschiedlichen Reden der Schriftsteller – und alten Intellektuellen – Günther Grass und Martin Walser anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in den vergangen zwei Jahren markieren eine fundamentale Änderung in der Positionierung der deutschen Intellektuellen.

Insbesondere die unterschiedlichen Reden der Schriftsteller – und alten Intellektuellen – Günther Grass und Martin Walser anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in den vergangen zwei Jahren markieren eine fundamentale Änderung in der Positionierung der deutschen Intellektuellen.

KUNST – POLITIK – ÖFFENTLICHKEIT

KUNST ZWISCHEN DIENSTLEISTUNG UND GEGENKULTUR

Die Reflexion des Verhältnisses der künstlerischen Praxis zu Politik und Öffentlichkeit kann wichtige Konsequenzen für die Kunst selbst entfalten. Künstler und Kunstfreunde stehen hierbei vor Herausforderungen, die möglicherweise denen an die Intellektuellen entsprechen.
Denn auch hier stellt sich angesichts der Macht des Ökonomischen die Frage nach vorauseilender Selbstentmündigung. Vielleicht ist eine zielgerichtete, pragmatische Politik angewiesen auf eine anarchische, kritische Kunst, die laufend zu diskursiven Prozessen führt. Eine Gesellschaft, die Kultur unter ökonomischer Sicht allein als Unterhaltung betrachtet ist ideologisch gefährlich.
Isabel Graw (Herausgeberin "Texte zur Kunst", Köln sah in ihrem einleitenden Vortrag die Kunstszene im Klammergriff des Hauptstadtumzugs. Berlin entwickle sich nur deshalb zu einer Kunstmetropole, weil die Regierung sich dort ein repräsentatives Umfeld zu schaffen versuche. Der Vereinnahmung durch Staat und Wirtschaft könne sich kein Künstler entziehen. Dem stimmte die Berliner Künstlerin Alice Creischer in der anschließenden Diskussionsrunde ausdrücklich zu. Mit den beiden diskutierten die Bremer Kultursenatorin a.D. Helga Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen), Dieter Kramer, Kulturwissenschaftler aus München, und Marius Babias (Gastprofessor an der Städelschule in Frankfurt am Main).

Vielleicht ist eine zielgerichtete, pragmatische Politik angewiesen auf eine anarchische, kritische Kunst, die laufend zu diskursiven Prozessen führt.

Lernen und Bildung in der Wissensgesellschaft
Virtuelle Konferenz im Internet
2.-13- November 1998

Die HGDÖ ist stolz darauf, die erste Virtuelle Konferenz im Bereich der politischen Bildungs- und Projektarbeit initiiert zu haben. Mit unseren Kooperationspartnern (der hbs und der hbs Thüringen) haben wir ein außergewöhnliches Experiment gewagt und erfolgreich abgeschlossen: Zur virtuellen Konferenz "Lernen und Bildung in der Wissensgesellschaft" haben sich rund 350 Menschen aus verschiedenen Ländern für eine mehrtägigen Diskussion im Internet angemeldet, ohne daß ein einziger sein Haus oder Büro hätte verlassen müssen.
Bereits die Einladung der Teilnehmer wurde über das Internet organisiert: Wir haben über Mailinglisten mehr als rund 1000 Einladungen per e-mail versendet, die Ankündigung in einschlägige Newsgroups gepostet und frühzeitig eine eigene homepage www.bildung2001.de für das Projekt eingerichtet. Hier lassen sich auch weiterhin die Beiträge unserer Referenten einsehen oder herunterladen. Bereits ab Mitte Oktober 1998 waren die Beiträge der Referenten über das Internet abrufbar.
Die Konferenz selber bestand aus einer dreistufigen online-Debatte. Zunächst stellten wir die vorbereiteten Beiträge der Referenten vorab auf der Homepage frei zugänglich ins Netz. Anschließend konnten die Teilnehmer hierzu Stellung beziehen, und sich mit eigenen Beiträgen an der Diskussion beteiligen (sog. asynchrone Foren). Außerdem stellten wir live-chats zur Verfügung, bei denen die Besucher sich direkt miteinander über diese Beiträge austauschen konnten. Solche chats entsprechen am ehesten einer Live-Diskussion, da jede Stellungnahme in Realzeit im Netz auftaucht und darauf sofort reagiert werden kann.
Insgesamt hat sich gezeigt, daß die Virtuelle Konferenz eine Veranstaltungsform mit Zukunft ist. Rund 62.000 Internet-Kontakte während der Konferenz ergeben eine eindrucksvolle Bilanz.

Insgesamt hat sich gezeigt, daß die Virtuelle Konferenz eine Veranstaltungsform mit Zukunft ist.

Zwar ist diese Zahl relativierungsbedürftig, da jede Anwahl als mehrere Hits bilanziert wird, doch haben sich von den 350 angemeldeten Personen rund 100 durch Beiträge aktiv beteiligt: Eine Zahl, die bei kaum einer echten Konferenz erreicht wird.
Wir mußten auch feststellen, daß chats sich als Ersatz eines persönlichen Dialogs nur bedingt eignen: Zu schwer ist es, eine Diskussion stringent zu halten. Die Moderation muß künftig deutlich aktiver und strukturierender in die online-Debatten eingreifen.

FORUM 1: ZWISCHEN PERSÖNLICHKEITSENTWICKLUNG UND NÜTZLICHKEITSDENKEN: SCHLÜSSELQUALIFIKATIONEN FÜR EIN STUDIUM IN ZEITEN DES INTERNET

Prof. Dr. Peter Glotz (Universität Erfurt) formulierte die These: "Mehr als unsere (kurzen) Arbeitszeiten hindern uns Spezialistentum, Mangel an ganzheitlicher Kompetenz oder eindimensionale Blickrichtung am Erfolg. Die Neubelebung der bildungspolitischen Debatte ist eine entscheidende Bedingung für jede Art von 'neuem Anfang'. "
Ulf Preuss-Lausitz vom Institut für Erziehungswissenschaft der TU Berlin stellte fest, daß die "Konsum- und Krisenkinder der Risikogesellschaft" eine "andere Schule" verlangen und entwickelte über ein "Lehrerleitbild 2000" das Modell der Schule als Teil eines lokalen Netzwerks.
Das Forum wurde von Helmut E. Klein (Institut der deutschen Wirtschaft) komplettiert. Er forderte, das Bildungssystem auf eine offene Zukunft auszurichten. Überlegungen zu Lernen und Bildung in der Wissensgesellschaft sollten nicht einseitig auf Technik, elektronische Medien und die daran geknüpften Kompetenzen fokussieren, um den Blick auf ganzheitliche Erfordernisse im Bildungsbereich zu bewahren.
Die online-Debatte setzte sich mit den Möglichkeiten der Anwendung neuer Medien in der schulischen Bildung auseinander. Hier sei zur Vermittlung neuer Schlüsselqualifikationen eine erhebliche Anstrengung erforderlich: Materiell wie

Überlegungen zu Lernen und Bildung in der Wissensgesellschaft sollten nicht einseitig auf Technik, elektronische Medien und die daran geknüpften Kompetenzen fokussieren.

auch hinsichtlich der Bereitschaft die Curricula zu überarbeiten. Wiederholt wurde hierfür eine neue Bildungsreform eingefordert.

FORUM 2: LEBENSLANGES LERNEN: NEUE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE WEITERBILDUNG

Dr. Werner Dostal vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stellte die Fragen: Wird es in der Informationsgesellschaft noch das Phänomen Beruf geben? Wird die selbständige Tätigkeit zur Regel? Wird es beständige Arbeits- und Lebensmuster geben, oder wird die Veränderung dominant?

Jochen Kade und Wolfgang Seitter vom Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung an der Universität Frankfurt am Main stellten fest, daß lebenslanges Lernen sich als institutionelle Realität, soziale Norm und subjektive Erfahrung etabliert hat und zu einem Motor kollektiver und individueller Entwicklung in modernen Gesellschaften avanciert ist.

Lebenslanges Lernen hat sich als institutionelle Realität, soziale Norm und subjektive Erfahrung etabliert und ist zu einem Motor kollektiver und individueller Entwicklung in modernen Gesellschaften avanciert.

Die Vorsitzende des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Doris Odendahl formulierte in ihrer Forderung "Für das Recht auf Weiterbildung": Ein Trennung in Informationsreiche und Informationsarme darf es nicht geben. Wenn lebenslanges Lernen nicht nur ein leeres Schlagwort sein, sondern praktische Bedeutung erhalten soll, muß Weiterbildung ein Bürgerrecht werden.

In der online-Diskussion zu diesem Forum wurde deutlich, daß Erst- und Weiterbildung inhaltlich zusammenwachsen. Bei den sich entwickelnden Bildungsmärkten sollten die staatlichen Organe (als Vertreter der Gesellschaft) die Rahmenbedingungen festlegen, um diese vielen zugänglich zu halten. Die Zusammenarbeit aller Bildungsinteressierten mit den Großen der Branche ist notwendig.

Medical Marijuana

Internationaler Kongreß im Congress Center, Frankfurt a. M.
2. bis 4. Dezember 1998

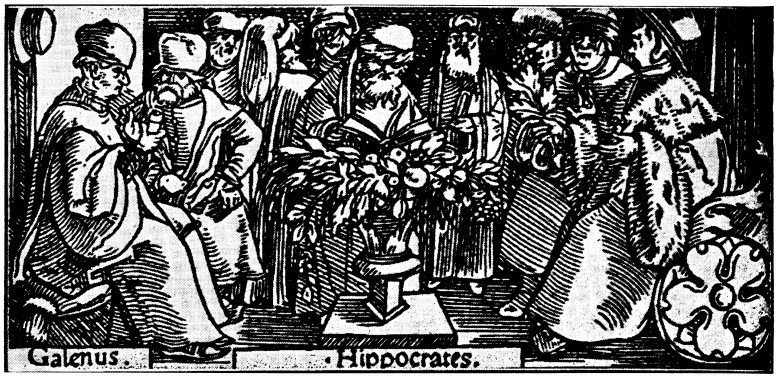
Marihuana ist eine Heilpflanze: Bei Krebs, Multipler Sklerose, Querschnittslähmung und chronischen Schmerzen ist ihre Wirkung seit langem medizinisch dokumentiert. Auch bei AIDS-Erkrankung wirkt Marihuana als appetitsteigerndes Medikament gegen das "Wasting-Syndrom". Allein, Marihuana gilt rechtlich als verbotene Droge und darf in der Behandlung Kranker nicht angewendet werden. So ist der Kranke gezwungen, klassische Medikamente zu verwenden, die im Vergleich zu Marihuana wesentlich teurer und oft weniger wirksam sind oder stärkere Nebenwirkungen mit sich bringen.

Marihuana ist eine Heilpflanze.

Ausgehend von dieser Erkenntnis, organisierte die HGDÖ in Kooperation mit dem Arbeitskreis Cannabis als Medizin (ACM), der European Cities on Drug Policy (ECDP), den AIDS-Hilfen aus Düsseldorf, Frankfurt, Köln und München, der Deutschen AIDS-Hilfe sowie akzept e.V. diesen internationalen Kongreß mit dem Ziel, das internationale Wissen über die medizinische Anwendung von Marihuana zusammenzutragen und aktuelle Forschungsprojekte und -ergebnisse den rund 100 Besuchern zu präsentieren. Die Schirmherrschaft übernahm Daniel Cohn-Bendit (MdEP). Der Kongreß verabschiedete die folgende "Frankfurter Resolution", die am 22. März 1999 der Bundesregierung übergeben wird:

"In der Erkenntnis, daß zur Heilung Kranker und zur Minderung ihres Leids alle menschenwürdigen medizinischen Möglichkeiten auszuschöpfen sind, fordern wir den Bundestag auf:

– Die medizinische Nutzung von Marijuana zu erlauben,
– zu therapeutischen Zwecken auch die rauchbare Anwendung zu gestatten,
– die medizinische Verwendung begleitend wissenschaftlich zu erforschen und die Erforschung zu fördern."



ERSTER TAG

Dr. Christian Rätsch eröffnete mit einem Vortrag über die "Geschichte des Medikaments Marihuana" den Kongreß. Die medizinischen Qualitäten von Marihuana waren schon früh bekannt: Es hatte seinen festen Platz in der pharaonischen, assyrischen, antiken, islamischen und mittelalterlichen Medizin. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war Cannabis auch hierzulande bewährtes Hausmittel bei Menstruationsbeschwerden.

Erst seit Beginn des 20. Jahrhunderts wird Marihuana verboten und sein Konsum verfolgt.

Der Hamburger Professor für Rechtswissenschaft Dr. Sebastian Scherer stellte die relativ junge Geschichte der Marihuanaprohibition dar. Erst seit Beginn des 20. Jahrhunderts wird Marihuana verboten und sein Konsum verfolgt.

Den Stand der wissenschaftlichen Debatte und weltweite Erfahrungen mit der medizinischen Verwendung von Marihuana erläuterte Dr. med. Franjo Grotenhermen (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Cannabis als Medizin, Köln). Die Wirksamkeit von Marihuana ist mittlerweile klinisch belegt bei Appetitlosigkeit (Wasting-Syndrom), Glaukom-Patienten (Grüner Star) und bei Übelkeit infolge einer Chemotherapie oder Krämpfen bei Querschnittsgelähmten.

ZWEITER TAG

Dr. Lorenz Böllinger, Jura-Professor in Bremen, wies darauf hin, daß auch Patienten, die sich selbst mit Marihuana medikamentieren, gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtmG) verstoßen. Ärzte, die Patienten den Tip geben, es auszuprobieren, könnten sich im Extremfall als mittelbare Täter strafbar machen. Derzeit dürfe zwar das synthetische Cannabinoid Marinol® auf Rezept verordnet werden, es ist in seiner Wirkungsweise den natürlichen Wirkstoffen jedoch unterlegen und erheblich teurer.

Dr. Robert Gorter vom europäischen Institut für onkologische und immunologische Forschung in Berlin referierte über die geplante Studie zur Erforschung der Wirksamkeit natürlicher und synthetischer Cannabinoide in der Krebstherapie. Sie wird die bislang größte klinische Studie in Europa sein, die die Wirkung von synthetischem und natürlichen Cannabis in der Krebstherapie vergleicht.

Die pharmakologische Wirkungsweise von Marihuana erläuterte Dr. Roger Pertwee (International Cannabinoid Research Society, Aberdeen). Das breite Wirkspektrum von Cannabinoiden erkläre sich aus ihrer Ähnlichkeit mit körpereigenen Endorphinen. Die Anwendung von Marihuana per Inhalation habe geringere Nebenwirkungen: Es sei praktisch unmöglich, eine tödliche Dosis zu rauchen.

Dr. Dale Gieringer berichtete über Erfahrungen von kalifornischen AIDS-Patienten in der Selbstmedikation: Unter ihnen ist Marihuana der heiße Tip schlechthin.

Über die erfolgreiche Anwendung von Marihuana in der Schmerztherapie referierte abschließend Dr. Andreas Ernst vom Schmerztherapeutischen Kolloquium.

Dr. Ulrike Hagenbach aus Basel stellte die Schwierigkeiten synthetischer Cannabinoide dar: Die erlaubte Höchstdosis sei sehr gering und das Präparat teuer, es werde zudem von den Krankenkassen nicht ersetzt.

DRITTER TAG

Der Nestor der medizinischen Marihuanaforschung, Dr. Lester Grinspoon von der Yale-Univer-

Medical Marijuana

sity (Boston, USA), forderte, angesichts des geringen Mißbrauchpotentials unter Kranken Marihuana zunächst jedenfalls als Medikament zuzulassen. Das geringe Interesse der Pharmaindustrie an der Zulassung natürlichen Cannabis liege auf der Hand: Das Mittel sei nicht zu patentieren, so daß keine Profite zu erzielen wären.
Der englische Pharmazeut, Dr. Geoffrey Guy, berichtete von seinen Versuchen auf der Kanalinsel Guernsey durch geklonte Marihuanapflanzen die Voraussetzung für industriell herstellbare Präparate zu entwickeln.

Angesichts der erwiesenen Wirkung bei Inhalation und des Leidens vieler Kranker wird die Verwendung natürlichen Marihuanas als sinnvoll erachtet.

Dr. Rainer Saller, Professor für Pharmakologie in Zürich, wies auf die Schwierigkeiten und die Langwierigkeit der Entwicklung eines Medikamentes auf Marihuanabasis hin. Angesichts der erwiesenen Wirkung bei Inhalation und des Leidens vieler Kranker erachtet Saller die Verwendung natürlichen Marihuanas als sinnvoll.

Politik der Liebe

Tagung im Literaturhaus Frankfurt am Main
13. Dezember 1998

Die Liebe in den Zeiten der Individualisierung ist mit vielfältig modifizierten persönlichen und gesellschaftlichen Wertvorstellungen konfrontiert.

Einfach lieben scheint immer schwerer zu sein.

Einfach lieben scheint immer schwerer zu sein, und die Ursache hierfür liegt ebenso in den gestiegenen Erwartungen an eine Beziehung wie an zusätzlichen Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen unserer Gesellschaft.

Von der Liebe zur Beziehung – von der Beziehung zur Akrobatik der Abstimmungen

Während die Moderne durch den Bruch mit traditionellen Bindungen und Regeln die Wahlmöglichkeiten der Einzelnen erweiterte, setzt sie sie zugleich einer Vielzahl von Entscheidungsforderungen aus. Potenziert werden diese, wenn Menschen in einer Beziehung und mit Kindern leben.
Das verlockende Stellenangebot aus Gütersloh zeigt die Schwierigkeit auf: "Was um Himmelswillen soll ich in ....Gütersloh?!" Was für einen Partner ein Karrieresprung ist, bedeutet für den anderen das berufliche Abstellgleis in der Provinz.
Zu der so erforderlichen "Akrobatik der alltäglichen Abstimmungen" diskutierte die Münchner Psychologin Dr. Luise Behringer anhand der Ergebnisse des Sonderforschungsbereichs "Alltägliche Lebensführung".
In ihrem schriftlichen Beitrag zeigte die kurzfristig erkrankte Ute Scheub auf, wie gesellschaftliche Kosten der Individualisierung auf einzelne verlagert werden.

Der kleine Unterschied ... Geschlechtsrollen im Wandel

Die zweite Runde beleuchtete die sozio-kulturellen Konstruktionen von Weiblichkeit und Männlichkeit.
Seit gut 25 Jahren sind die Verhältnisse von Frau und Mann in Bewegung geraten. Und nach dem seinerzeit befreienden Hinterfragen der Verhaltensmuster sind mittlerweile wieder naturgesetzliche Ansätze in Mode.
Die Wiener Wissenschaftsredakteurin Sabina Riedl (ORF) hatte mit biologistischen Erklärungsversuchen in der Diskussion mit Dr. Peter Döge und Prof. Dr. Andrea Maihofer einen schweren Stand.
In der Debatte um das diffizile Thema Natur, Kultur und Geschlecht gingen Dr. Maihofer aus Sicht der Frauenforschung und Dr. Döge als der Männerforscher ein

III. Diskussionen

Von Rio in die Region

Agenda 21 – Wegweiser in die Zukunft? Projektmesse und Podiumsdiskussion in der Löw'schen Scheune, Bad Nauheim, 22. März 1998

Nachhaltigkeit ist die Aufforderung, nicht auf Kosten anderer Generationen oder Völker zu leben.

Die Agenda 21, das sind die Beschlüsse der UN-Umweltkonferenz von Rio de Janeiro im Jahre 1992. In 40 Kapiteln werden hier alle wesentlichen Bereiche einer umweltverträglichen, nachhaltigen Entwicklung aufgezeigt. Nachhaltigkeit ist die Aufforderung, nicht auf Kosten anderer Generationen oder Völker zu leben.
Die Agenda 21 wurde von 170 Staaten unterzeichnet und enthält wichtige Festlegungen, u.a. zur Armutsbekämpfung, Bevölkerungspolitik, zu Handel und Umwelt, zur Abfall-, Chemikalien-, Klima- und Energiepolitik, zur Landwirtschaftspolitik sowie zu finanzieller und technologischer Zusammenarbeit der Industrie- und Entwicklungsländer.
Unsere von 250 Interessierten besuchte Veranstaltung veranschaulichte und konkretisierte die Idee der Agenda 21 an einem bestimmten Ort mit seinen Protagonisten in all seinen Wechselbeziehungen, als Ganzes und in Teilzielen.
Auf der begleitenden Projektmesse wurden verschiedene Teilaspekte der lokalen Agenda 21 präsentiert: Biobauernhöfe zeigten ökologisch erzeugte Produkte, der BUND präsentierte seine Energiesparkampagne "Spar Watt ein", es gab einen ökologischen Schulkiosk, die Tauschbörse der Umweltwerkstatt und das Kinder- und Jugendparlament Vogelsberg stellten sich vor. Andere Aussteller informierten über Obstbaumpflege, Solarenergie oder Bienenzucht.
Im Rahmenprogramm präsentierte Ralf Nein seinen Diavortrag "Vom Zuckerhut in Rio über die Stadtbilder Bad Nauheims zu natürlichen Gärten der Landschaft und Dörfer".

Agenda 21 – zukunftsfähiges Hessen?

Mit dem Landrat des Wetteraukreises, Rolf Gnadl, diskutierten Dr. Claudia Galikowski (Hessisches Umweltministerium), Klaus Dietz (MdL), Michael Rotkegel (BUND) und Peter Nuhn als Präsident des Kinder- und Jugendparlamentes Vogelsberg. Es moderierte Dr. Hanjo Diekmann (HGDÖ).
Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Vielschichtigkeit der Agenda 21: Nachhaltigkeit ist kein bloßes Umweltthema, sie fordert die integrale Einbeziehung sozialer und ökonomischer Faktoren in die von den Gemeinden auszuarbeitenden Entwicklungspläne.

Nachhaltigkeit ist kein bloßes Umweltthema, sie fordert die integrale Einbeziehung sozialer und ökonomischer Faktoren.

Keine Rosen ohne Dornen!? Von Rio in die Region

Dr. Hanjo Diekmann diskutierte mit Ulrike Billinger (Stadtplanungsamt Bad Nauheim), Dr. Johannes Pfeil (Sportpark Bad Nauheim), Reinhard Marquardt (Frauenwaldschule Bad Nauheim), Eckhardt Beutnagel (Rosenzüchter), dem Landwirt Erhard Schwalm und Bianka Kramaric, Geschäftsführerin der FAB Ortenberg.
Bei der Entwicklung eines Agenda-Konzeptes für Bad Nauheim sei die bevorstehende Schließung zahlreicher Kurkliniken zu beachten. Die Kurstadt Bad Nauheim müsse sich im Wettbewerb völlig neu orientieren. Eine Alternative wurde für Steinfurth aufgezeigt: Werde die Rose als Heilpflanze in den Nauheimer Kurkliniken eingesetzt, könnte die Rosenstadt zu neuer wirtschaftlicher Blüte aufsteigen.

Stadt, Land, Fluß – Welche Strategien und Leitbilder für die Kommunen in Hessen?

Mit Hanjo Diekmann diskutierten die Bürgermeisterin von Gießen Karin Hagemann, der Oberbürgermeister von Oberursel Gerd Krämer, der Innovationsbeauftragte des Landes Hessen Prof. Joseph Dehler, der Agraringenieur Johann Schneiderbauer und Philipp Granzow, Brundtlandt-Beauftragter in Viernheim.

Von Rio in die Region

Rot und/oder Grün
Diskussionsveranstaltung im Gästehaus der Landesvertretung Hessen, Bonn
22. April 1998

Im Frühjahr 1998 regierte die CDU-FDP-Koalition Deutschland: Die grüne Perspektive für einen Wechsel hieß ausschließlich rot-grün und so sollte es dann ja auch bald kommen. Doch schon damals hegten viele der rund 100 Besucher dieser Veranstaltung Zweifel an dem Versprechen einer neuen Reformpolitik durch eine rot-grüne Bundesregierung.
Anders als diese Skeptiker begreift der US-Autor Andrej S. Markovits deren Perspektiven als die einer "ökologischen Reformpolitik". In seinem Buch "Grün schlägt Rot" beschreibt er die Grünen als die Urheber eines historischen Bündnisses der post-marxistischen Linken mit der post-materiellen Mittelschicht. Die Grünen wären "Vorläufer einer völligen organisatorischen und konzeptionellen Umgestaltung" von epochaler Tragweite.

Die Grünen wären "Vorläufer einer völligen organisatorischen und konzeptionellen Umgestaltung" von epochaler Tragweite.

In Kooperation mit der hbs lud die HGDÖ Markovits zur Lesung in die Bonner Vertretung des Landes Hessen.
Seinen Thesen setzten in der anschließenden Podiumsdiskussion die Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Die Grünen) und der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer die Erfahrungen der Realität entgegen. Sie erwarteten von einem rot-grünen Bündnis zwar einen Machtwechsel, doch ein essentieller Politikwechsel sei keine realistische Perspektive. Die Moderation des Gesprächs besorgte Hubert Kleinert.

Lust auf Europa?
Die Zukunft hat schon begonnen
Podiumsdiskussionen mit Schülern in Gießen und Kassel

Jugendliche tragen europaweit dieselbe Markenkleidung, hören dieselbe Musik und Leonardo di Caprio wird von Maastricht bis Sarajevo vergöttert. Die Jugend von heute ist durch MTV, die Fußball-Champions-League und internationale Produkte so international aufgewachsen wie keine Generation zuvor.
Und doch ist unter den Jugendlichen in Deutschland kein besonderes Interesse an der europäischen Einigung bemerkbar, scheinen sie über die Aufgaben und Kompetenzen der EU wenig zu wissen.

Unter den Jugendlichen in Deutschland ist kein besonderes Interesse an der europäischen Einigung bemerkbar.

Um jungen Leuten Europa in allen Dimensionen nahezubringen, sie über ihre Chancen zu informieren und ihren Befürchtungen zu begegnen, hat die HGDÖ die Reihe "Lust auf Europa?" ins Leben gerufen.
Der besondere Clou: Es ist uns gelungen, Europa vorbereitend zum Unterrichtsthema an den teilnehmenden Schulen zu machen und so den Schülern vorab Kenntnisse zum Thema zu vermitteln, ihre Bereitschaft zu aktiver Teilnahme zu steigern und die Diskussionen inhaltlich vorzubereiten.
So sahen die ausgewählten Europapolitiker sich einer gut vorbereiteten und ungeheuer kritischen Zuhörerschaft ausgesetzt. Die Diskussionsrunden wurden dabei bewußt thematisch offen gehalten, um den Teilnehmern die Möglichkeit zu aktiver Gestaltung zu bieten.
Im Rahmenprogramm hatten wir ein InternetcafÈ eingerichtet, in dem sich die Jugendlichen über das Thema Europa informieren konnten.

GIEßEN
Bürgerhaus Linden, Gießen
8. Mai 1998
In zwei Diskussionsrunden standen Marlies Mosiek-Urbahn (MdEP, CDU), Daniel Cohn-Bendit (MdEP, Bündnis90/DieGrünen), Willi Görlach (MdEP, SPD), Rupert von Plottnitz (Hessischer Minister für Europaangelegenheiten) und Cornelieus Winter (Europäisches Jugendparlament) den rund 100 Schülern zur Verfügung.
Auffallend war, daß in der Diskussion vor allem Skepsis der Schüler gegenüber der Währungsunion

ihren Ausdruck fand. Viele befürchteten, daß die Umstellung auf den Euro für Deutschland wirtschaftliche Nachteile mit sich bringe, die vor allem der "kleine Mann" auszubaden habe.

KASSEL
Philipp-Scheidemann-Haus, Kassel
30. Oktober 1998
Edith Müller (MdEP, Bündnis90/DieGrünen), Barbara Weiler (MdEP, SPD), Aloys Lenz (MdL, CDU) und Christoph Gottschalk (Europäisches Jugenparlament) besetzten das Podium.
Die Kosten der EU für den Bürger, die Angst vor europaweiter Kriminalität und die Angleichung der sozialen Standards in den Ländern der EU prägten die zwei Diskussionsrunden mit rund 170 Schülern. Viele beschäftigte die Frage, ob die europäische Einigung zu einer Verschlechterung des deutschen Lebensstandards und der sozialen Absicherung führen wird.

Städte der Zuflucht
Benefizveranstaltung im Literaturhaus, Frankfurt
31. Oktober 1998

Traditionell unterstützt die HGDÖ politische Projekte, die ihre besondere Sympathie genießen, durch Benefizveranstaltungen. Das macht uns Spaß und bringt stets einiges Geld für die Unterstützten ein. Obendrein wird so erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit erregt, was oft noch viel wertvoller ist.
1998 organisierten wir in Zusammenarbeit mit der hbs und dem Literaturhaus Frankfurt unter der Schirmherrschaft der Frankfurter Schuldezernentin Jutta Ebeling eine Kulturveranstaltung mit Büfett zugunsten des Netzwerks "Städte der Zuflucht". Dieses internationale Netzwerk wurde auf eine Initiative von Salman Rushdie 1994 durch das internationale Schriftstellerparlament gegründet. Es gewährt verfolgten Künstlern in den 25 Mitgliedsstädten Unterkunft und Lebensunterhalt, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihrer Arbeit in Sicherheit nachzugehen. Deutschland wird bislang von Berlin und Frankfurt (gegen die Stimmen der CDU-Fraktion im Römer!) repräsentiert.
Frankfurts erster Stipendiat ist der 51jährige iranische Schriftsteller Faraj Sarkouhi, der in seinem Heimatland schlimmster politischer Verfolgung ausgesetzt war. Nach vielfachen Verhaftungen, Folter, Todesurteilen und Scheinhinrichtungen wurde er auf internationalen Druck hin 1998 aus der Haft entlassen und konnte nach Deutschland ausreisen.
Hier einen Antrag auf Asyl zu stellen kommt für ihn – dessen Frau und Kinder seit 1996 als Asylanten in Berlin leben – jedoch nicht in Frage: Es würde die Rückkehr in die Heimat für unabsehbare Zeit unmöglich machen. "Schriftsteller brauchen ein Publikum. Sie müssen in ihrer Muttersprache schreiben können und wollen verstanden werden", erklärte Sarkouhi den rund 120 Gästen. Konsequent trug er seine "Einfache Geschichte" in Farsi vor, die Schauspielerin Ilona Strauß las sie auf deutsch. Die Erzählung schildert Sarkouhis Zeit in Haft und die Erniedrigungen, die er ertragen mußte.
Durch das Programm führte die Kabarettistin Cornelia Niemann. Im Rahmenprogramm traten die Literaten Heike Reich und Dirk Hülstrunk, das Jazz improvisierende Danzer-Lejeune-Projekt, das Ensemble Modern und das Theaterprojekt Ensemble 9. November auf.
Jutta Ebeling erklärte für die Stadt Frankfurt, Urbanität messe sich nicht an Banken sondern am Umgang mit dem und den Fremden. Faraj Sarkouhi verdiene die Aufmerksamkeit der Welt.
Der Generalsekretär des Internationalen Schriftstellerparlaments, Christian Salmon, ergänzte: "Man muß aufzeigen, daß ein Flüchtling nicht nur eine Last ist, sondern auch eine Chance, eine Öffnung und eine Bereicherung für das Zusammenleben der Bürger."

"Man muß aufzeigen, daß ein Flüchtling nicht nur eine Last ist, sondern auch eine Chance, eine Öffnung und eine Bereicherung für das Zusammenleben der Bürger."

Fünfzig Jahre und heute –
Die Beziehungen zwischen Israel, Palästina und Deutschland
Veranstaltungsreihe an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt
Vom 05. November bis 02. Dezember 1998

Der 50. Geburtstag des Staates Israel wurde 1998 mit zahlreichen Feiern gewürdigt. Zugleich beschreibt dieses Jubiläum aber auch die Dauer der Vertreibung der Palästinenser aus ihren Siedlungen auf israelischem Staatsgebiet in das Elend der Flüchtlingslager.
Angesichts des besonderen Verhältnisses und der Geschichte zwischen Deutschland und Israel (erneut illustriert durch die anhaltende Debatte um das Holocaust-Mahnmal in Berlin), haben sich der Asta der Universität Frankfurt und die HGDÖ entschieden, durch eine Vortragsreihe nicht nur den Geburtstag Israels zu feiern, sondern gleichzeitig einen kritischen Blick auf die Beziehungen zwischen Deutschland, Israel und den Palästinensern zu werfen. An der Reihe nahmen insgesamt 400 Besucher teil.

Die Vortragsreihe sollte nicht nur den Geburtstag Israels feiern, sondern gleichzeitig einen kritischen Blick auf die Beziehungen zwischen Deutschland, Israel und den Palästinensern werfen.

Israel Palästina Deutschland

Wo liegt Palästina?

Salah Abdel Shafi, Ökonom aus Gaza, betrachtete die Probleme der palästinensischen Gesellschaft. Gerade die Rolle der palästinensischen Autonomiebehörden sei äußerst diffizil: Einerseits vom Willen Israels abhängig, zum anderen verpflichtet, der eigenen Bevölkerung Erfolge zu demonstrieren.

Vorstellungen von Israel – Israel als multikulturelle Gesellschaft

Doron Kiesel berichtete von den Schwierigkeiten der israelischen Gesellschaft mit den extrem heterogenen Kulturen der jüdischen Einwanderer aus allen Nationen. Insbesondere zwischen der ersten Einwanderergeneration aus europäischen Ländern und der zweiten aus arabischen bestünden starke kulturelle Spannungen, die nun durch die Einwanderung aus Rußland noch potenziert werden.

Frauen in den Gesellschaften Israels und Palästinas

Die Frauenbewegungen in beiden Nationen scheitern mit der Thematisierung der Geschlechterfrage an dem politisch alles beherrschenden Konflikt zwischen Israel und Palästina. Rachel Heuberger aus Frankfurt und Maysa Azzem aus Gießen schilderten, daß die Frauenbewegungen vor allem als Friedensaktivistinnen in Erscheinung treten. Beide Gesellschaften seien stark religiös und patriarchalisch geprägt und insbesondere das Familienrecht religiös strukturiert.

Life accoring to Agfa

Assi Dayans Schwarzweißfilm zeigte die Gräben innerhalb der israelischen Gesellschaft auf, insbesondere die Verachtung zwischen den verschiedenen ethnisch-kulturellen Gruppen. Die Journalistin Eva Kammerer erläuterte den Hintergrund kritisch-künstlerischer Auseinandersetzung mit Israel im zeitgenössischen israelischen Film.

Religiös contra Säkular – Israel zwischen Zionismus, Orthodoxie und Postzionismus

Moshe Zimmermann, Professor für deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem und Micha Brumlik, Professor für Erziehungswissenschaften in Heidelberg, diskutierten die Auseinandersetzung, die um das Gewicht der Religion im Staate Israel geführt wird. Das Problem sei im Zionismus angelegt, der bei seinem Streben nach einem jüdischen Saat auf religiöse Definitionen angewiesen sei.

Umgang mit dem Unfaßbaren – Shoa im politischen und gesellschaftlichen Diskurs Israels und Deutschlands

Moshe Zuckermann, Professor für Sozial- und Kulturwissenschaft in Tel Aviv, schilderte den spezifischen Umgang der Israelis mit der Shoah. In den 50er Jahren wurden im öffentlichen Gedenken die Opfer der Massenvernichtung kaum gewürdigt: Das Bild der Schwachen paßte nicht ins Ideal des Zionismus. Eine Kultur des Erinnerns konnte sich in der Folgezeit nur langsam dagegen durchsetzen.

Die deutsche Linke und Israel: Ein abgeschlossenes Kapitel?
Nach einem bis in die 60er unter deutschen Linken vorherrschenden "Philosemitismus" wurde nach Ansicht des Referenten Martin Kloke Israel ab dem Junikrieg 1967 als imperialistische, die Palästinenser unterdrückende Macht wahrgenommen. Erst die Bedrohung Israels im Golfkrieg habe eine differenzierte Wahrnehmung Israels unter deutschen Linken bewirkt.

THIRD GENERATION
Eine sehr persönliche Annäherung an das Thema erreichte Susanne Wiegmann von der Anne Frank Jugendbegegnungsstätte, die ihre Zuhörer zur Auseinandersetzung mit der eigenen Wahrnehmung und Erfahrung im Umgang mit der Shoah motivierte.

Friedensprozeß – Stagnation und Perspektiven
Die Anwältin Felicia Langer berichtete von Menschenrechtsverletzungen in Westbank und Gaza, begangen von israelischem Militär und von den Autonomiebehörden in den autonomen Gebieten. Sie kritisierte die Landnahme durch israelische Siedler.
Tobias Kriener (Deutsch-Israelischer Arbeitskreis) erachtete die ausgehandelten Verträge als einen Erfolg und den richtigen, wenn auch langwierigen Weg zum Frieden. In der anschließenden, überaus lebhaften Diskussion fiel die Beurteilung der Abkommen von Oslo und Wye Plantation extrem unterschiedlich aus.

Frauen in der Informationsgesellschaft
Vortrag und Präsentation in der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union, Brüssel,
02. Dezember 1998

Der Wandel zur "Informationsgesellschaft" verändert das Leben umfassend: Er wirkt sich auf Privates und auf Freizeitverhalten aus, er beeinflußt die sozialen Beziehungen und die Kommunikationsstrukturen zwischen Menschen. Vor allem aber wirkt er revolutionierend auf den Bereich der Arbeitswelt.
Viele behaupten, daß so Chancen für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit geboten würden. Doch sind Frauen bislang bei der Nutzung der neuen Technologien ebenso unterrepräsentiert wie bei deren Gestaltung. So haben sie auch geringere Möglichkeiten, die Veränderungsprozesse, die durch diese Innovationen ausgelöst werden mitzugestalten.
In ihrem Vortrag stellt Prof. Dr. Gabriele Winkler (forum info 2000 – Arbeitsgruppe Frauen in der Informationsgesellschaft) die Geschlechterdimension dieser Entwicklung in den Vordergrund. Sie forderte die ‹berwindung der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern als Voraussetzung einer Entwicklung der Informationsgesellschaft, die sowohl männlichen als auch weiblichen Lebensentwürfen gerecht wird.
Neben dem Vortrag präsentierten drei innovative Frauenbetriebe aus Hessen den 70 Anwesenden ihre Arbeit. Die Frauencomputerschule Kassel qualifiziert Frauen für zukunftsträchtige Berufsfelder. Das Telehaus Wetter (Marburg) betreibt Forschung, Schulung und Beschäftigungsprojekte im Bereich Telearbeit und Telekooperation. Das Frankfurter Frauensoftwarehaus bietet EDV-Schulungen und berufliche Fortbildung an.

Frauen sind bislang bei der Nutzung der neuen Technologien ebenso unterrepräsentiert wie bei deren Gestaltung.

Wie halt ich's mit der Öffentlichkeit? Kommunikation in der politischen Bildungs- und Projektarbeit
Seminar in Zierenberg bei Kassel,
5. bis 7. Juni 1998

Durch professionelle Kommunikations- und Pressearbeit kann gehörige Aufmerksamkeit in der spezifischen Öffentlichkeit erregt werden. Die Brent-Spar-Kampagne von Greenpeace, die gezielt über Information der Öffentlichkeit meinungsbildend war, hat das eindrucksvoll belegt.
Der Alltag des Geschäftsführers einer verglichen mit Greenpeace kleinen Organisation oder der eines Kommunalpolitikers entspricht dem: Alle benötigen öffentliche Resonanz auf ihre Arbeit und sind bemüht, ihre Themen in den Medien angemessen wiederzufinden. So richtete sich unser Seminar an diese Gruppe: Teilnehmer waren die für die Öffentlichkeitsarbeit in ihren Organisationen verantwortlichen.
Das Seminar, in Kooperation mit der Vereinigung der Grünen und Alternativen in Kommunalparlamenten (GAK) veranstaltet, vermittelte den 10 Teilnehmern zunächst die Funktionsweise der Medien, stellte dann das erforderliche Handwerkszeug im Umgang mit ihnen dar und informierte über die Methodik bei der Konzeption einer gesamten Kampagne. Vor allem wurden praxisorientierte Kenntnisse und Tips für die umfassende Planung der Darstellung wie die tägliche PR-Arbeit vermittelt.

Durch professionelle Kommunikations- und Pressearbeit kann gehörige Aufmerksamkeit in der spezifischen Öffentlichkeit erregt werden.

1. TAG
Zur Einleitung stellte Christian Gasche (HGDÖ) ein Konzeptionsmodell der Marketingplanung vor. In der anschließenden Übung wurde Selbstpräsentation – Situationsanalyse und Zielsetzung für die eigene Arbeit den Teilnehmern aufgegeben. Weitere Übungen beschäftigten die Teilnehmer mit Strategien, Umsetzungsplanung und Erfolgskontrolle der Marketingplanung.

2. TAG
Mit Martina Biedenbach (Redakteurin bei der Hessisch-Niedersächsichen Allgemeinen) wurde die Arbeit der Presse und die Regeln journalistischer Sprache dargestellt: Wie ist eine Nachricht aufgebaut? Wie wird eine Meldung interessant? Übungen zum Schreiben einer Meldung und einer Pressemitteilung.
Doris Rüger (Greenpeace) stellte die Kampagnenarbeit ihrer Organisation vor. In Gruppen wurden darauf aufbauend Kampagnen geplant und dann ein Gemeinsames Kampagnenfest gefeiert.

3. TAG
Die Teilnehmer präsentierten ihre Kampagnen und stellten sie zur Diskussion.

Natur, Kunst, Ästhetik, Bildung, Ökologie
Werkstattprojekt im Haus Frauensee, Lechtal
24. bis 27 September 1998

In der Kunst wird Natur zunehmend wieder Gegenstand künstlerischer Auseinandersetzung: Sei es die amerikanische land-art, die sich abseits nahezu jeglicher Zivilisation in menschenleeren Wüstengegenden auslebt oder die Kunst in der Landwirtschaft, bei der künstlerische Exponate in Feldern oder Brachen plaziert werden.
Mitten in der Natur, umgeben von einer besonderen Landschaft (kleiner See, Felsen, Wälder, Berge), wurden bei diesem Projekt ästhetische Elemente und Erfahrungen im wahrnehmenden und gestaltenden Umgang mit der Umgebung gemacht und diskursiv reflektiert. Mit dem Akzent auf "Ästhetische Bildung" wurden mit 32 Teilnehmern, davon 11 aus Österreich, "ästhetische Erkundungen zwischen Karte und Territorium" vorgenommen.

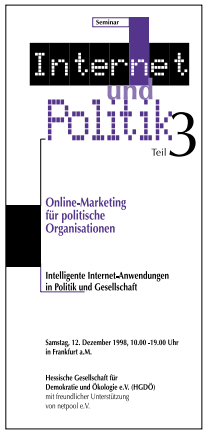
Wieso empfindet der Mensch Natur als schön und erhaben?

An zwei frühere Veranstaltungen zum Thema (1996 in Frankfurt, 1997 auf der documenta X in Kassel) anschließend, wurde hier der Frage nachgegangen, wie sich Kunst und Natur zueinander verhalten. Wieso empfindet der Mensch Natur als schön und erhaben, wie prägt diese Erfahrung unser ästhetisches Empfinden? Was ist im Zeitalter der Umweltzerstörung noch Natur? Und wie verändert sich die Bezugnahme von Kunst und Ästhetik auf Natur in einem neuen Verständnis? Kooperationspartner waren die Petra-Kelly-Stiftung und der Verein Pädagogische Aktion/ SPIELkultur.
Der idyllische Tagungsort bot die perfekte Gelegenheit um die theoretische Diskussion zum Thema an der praktischen Erfahrung der Diskutanden zu messen. Theoretische Vorträge, Erfahrungsberichte praktischer Projekte, freie Diskussionen uns Aktivitätenin der Naturwechselten sich ab.
Angeleitet wurden die Diskussionen durch Referate, Präsentationen und Spiele. Dr. Michael Hauskeller referierte eingangs über *Atmosphären in Natur und Kunst*. Am zweiten Tag erörterten Andreas Pallenberg *Art d'Eco – Kunst als Medium der Umweltbildung* und Sven Domann *Das soziale Kunstwerk – Kunstring am Müritz-Nationalpark*. Mathias Schenk stellte das Schloß Freudenberg vor, Ludwig Lambrecht die *Waldpädagogik im Humorakelwald* (München) und Haimo Liebich präsentierte die Ausstellung des Landesbundes für Vogelschutz *München lebt – die natürliche Stadt*.

Internet und Politik Teil 3 – Online-Marketing für politische Organisationen
Seminar in Frankfurt
12. Dezember 1998

Das Internet ist in aller Munde, immer mehr Bereiche des wirklichen Lebens spiegeln sich darin wider. Derzeit sind rund 147 Millionen Menschen weltweit online.
Doch droht die Gefahr eines kommerziell dominierten Netzes, in dem Politik und öffentliche Diskussion keine Rolle spielen. Politische Gruppen sollten auch aus diesem Grund im Internet präsent sein. Vor allem aber bietet ihnen das Internet unbestreitbar vielfältige neue Möglichkeiten für Arbeit und Selbstdarstellung.
Das dritte Seminar zum Thema (die ersten zwei fanden in den Vorjahren statt) richtete sich an die für einen Internet-Auftritt zuständigen Öffentlichkeitsreferenten und Geschäftsführer von NGOs. Ziel der Veranstaltung war es, den 10 Teilnehmern die Grundlagen des online-Marketings für politische Organisationen zu vermitteln.

Es droht die Gefahr eines kommerziell dominierten Netzes, in dem Politik und öffentliche Diskussion keine Rolle spielen.



Welche Bedeutung und Funktion kann online-Marketing für politische Organisationen haben?
Die direkte Übertragung des herkömmlichen Informationsangebots auf die neuen Medien ist zum Scheitern verurteilt. Bei der Planung des Auftritts müssen die Spezifika des Internet berücksichtigt werden.

Demonstration gelungener Beispiele für politisches online-Marketing
Die umfassende online-Präsenz von Greenpeace in der Auseinandersetzung um die Bohrinsel "Brent Spar" wurde als ein gelungenes Beispiel der Nutzung des Internets in politischer Auseinandersetzung analysiert.

Der eigene Internet-Auftritt: Zieldefinition, Ressourceneinsatz und Umsetzung

Die primären Fragen bei der Gestaltung des online-Auftritts sind: Was wollen wir transportieren? Wie wollen wir die Organisation darstellen? Wen können, wen wollen wir erreichen? Was können wir leisten?

Der Zuschnitt des Internet-Angebots

Ein online-Angebot sollte sich nie vom herkömmlichen Erscheinungsbild der Organisation unterscheiden. Um politisch ernst genommen zu werden, muß der Auftritt Seriosität ausstrahlen, es geht nicht darum, um jeden Preis aufzufallen.

Strategien der Öffentlichkeitsarbeit

Durch eine geschickte Anmeldung können die eigenen Angebote bei Suchmaschinen optimal positioniert werden. Daneben besteht die Möglichkeit, die eigene Adresse über e-mail, Mailinglisten und Newsgroups bekannt zu machen.

Anzeige

V. Gesprächsrunden

Sustainable Development – ein nachhaltiger Beitrag zur Entpolitisierung der Ökologie?
6. Frankfurter Gespräch bei der HGDÖ, Frankfurt am 26. Februar 1998

In den "Frankfurter Gesprächen zu Perspektiven politischer Bildungs- und Projektarbeit" bemüht die HGDÖ sich, den Zustand permanenter Selbstreflexion aufrechtzuerhalten: In loser Folge werden Themen, die die politische Bildungsarbeit prägen oder prägen sollten mit Interessierten behandelt.
Unser Beiratsmitglied Prof. Dr. Egon Becker (Universität Frankfurt) setzte sich im Einleitungsreferat vor 20 Teilnehmern mit dem Begriff "nachhaltige Entwicklung" auseinander, der sich im Zuge der Agenda 21 zum Zauberwort für alle Versuche umweltverträglicher Entwicklung gemausert hat. Oft genug verlieren solche populären Begriffe als mediale Codes im alltäglichen Sprachgebrauch Substanz wie Bedeutung. Dem Begriff der Nachhaltigkeit ist mittlerweile eine nahezu religiös anmutende ultimative Weihe in den verschiedensten ökologisch orientierten Kontexten widerfahren.
Die inflationäre Verwendung des Begriffs und das vom Lande Hessen aufgelegte Förderprogramm für eine lokale Agenda in den Kommunen geben hinreichend Anlaß, Intention des Begriffs und Schlagwortes nachhaltig zu durchbürsten.

Dem Begriff der Nachhaltigkeit ist mittlerweile eine nahezu religiös anmutende ultimative Weihe in den verschiedensten ökologisch orientierten Kontexten widerfahren.

Forum Frankfurter Bürgernetz
Runder Tisch bei der HGDÖ, Frankfurt am 23. April 1998

Im Anschluß an die Tagung der HGDÖ "Digitales Frankfurt" im Herbst 1997 hatten sich Vertreter von interessierten Frankfurter Unternehmen und Initiativen aus dem Internet-Bereich zusammengefunden, um Chancen und Schwierigkeiten eines Bürgernetzes in und für Frankfurt zu erörtern. Die HGDÖ selbst übernahm hierbei lediglich die Rolle eines Moderators, ohne selbst darüber hinaus an diesem Projekt partizipieren zu wollen.
Basierend auf der Überzeugung, daß ein Bürgernetz sowohl gewerblichen als auch nichtkommerziellen Teilnehmern nutzen kann, wenn es nur hinreichend professionell und benutzerfreundlich gestaltet ist, wurden mögliche Konzeptionen und Beteiligungsmodelle diskutiert. Das Ziel des angestrebten Bürgernetzes sollte die Möglichkeit zur breiten Mitwirkung der Frankfurter Bürger und ihrer Organisationen sein. Voraussetzung dafür wäre ein gleichberechtigter Zugang aller Kreise.
Ein wesentliches Thema der Debatte war die erwünschte Rolle der Stadt Frankfurt bei einem solchen Basis-Projekt.

Was ist politisch an Kunst und Literatur in den Neunzigern?
Round-Table-Gesprächsreihe bei der HGDÖ in Frankfurt
28. April und 29. Juni 1998

Durch diese Veranstaltungsreihe hatte die HGDÖ bereits 1997 begonnen, mit jungen Künstlern und Autoren das Verhältnis von Kunst und Politik zu erörtern.
In den drei von je 25 Teilnehmern besuchten moderierten Gesprächsabenden war festzustellen, daß eine regelrechte politische Programmatik bei den meisten Künstlern nicht auszumachen ist. Auffallend ist die Abgrenzung der Gegenwartskunst von den Vorstellungen der 68er: Deren dezidiert politischem Anspruch wird der Vorwurf des "Pädagogisierens" entgegengehalten. Das Verhältnis der jungen Künstler zur Politik ist von Interesse, nicht von Leidenschaft geprägt.
Die politische Dimension von Kunst und Literatur wird heute vor allem in der Verweigerung des

Das Verhältnis der jungen Künstler zur Politik ist von Interesse, nicht von Leidenschaft geprägt.

klassisch-politischen Machbarkeitsduktus und des Primats der Ökonomie erlebt. Kunst und Literatur haben im Unterschied zur Politik weniger mit Versprechungen und Realitätsplanung zu tun, denn mit individuellen Einsichten ihrer Schöpfer. So ist es nicht der Inhalt eines Werkes der es zum politischen macht, sondern seine Form aus der individuellen Perspektive des Urhebers auf die Welt.
Womöglich liegt die politische Relevanz der Kunst darin, daß sie lehrt, mit Abweichungen von der Norm und mit der Erfahrung von Fremdheit umzugehen.

Jour-Fixe zu politischen Fragen der Zeit
Gesprächskreis bei der HGDÖ, Frankfurt
6. Juli, 7. September und 2. November 1998

Am ersten Montag jedes zweiten Monats versammelt sich eine Gruppe von 15 Personen in unseren Räumen und tut etwas völlig altmodisches: Sie diskutieren politische Themen und führen theoretische Debatten. Unter dem gegenwärtigen Primat der Ökonomie mutet dies gleichsam als Zeit- und damit Geldverschwendung an.
Doch wir halten es für unsere Aufgabe als Einrichtung der Bildungsarbeit und Aufklärer, die politische Debatte, das Gespräch über Recht und Moral zu führen und laden deshalb nicht nur weiter zu diesen Gesprächen ein, sondern versorgen die Teilnehmer obendrein mit einem kleinen Büfett: Wenn schon die Gastwirtschaften kein Ort für politische Debatten mehr sind, dann eben hier. Tatsächlich profitiert auch die HGDÖ von diesen Diskussionen bei der Planung und Vorbereitung ihrer öffentlichen Veranstaltungen.

Jour fixe am 6. Juli 1998
Auf der konstituierenden Sitzung des jour fixe wurden anhand der Erwartungen und thematischen Interessen der Anwesenden die Themen der folgenden Treffen festgelegt.

Jour fixe am 7. September
In der Diskussion um "Individualisierung" stand für einige die Befreiung von Konventionen im Vordergrund, während andere die Verunsicherung als ihr wesentliches Merkmal ansehen. Die Konsequenzen des Individualisierungsprozesses reichen bis in die Arbeitswelten und die Geschlechterbeziehung, erfahren jedoch in der homogenisierend wirkenden Globalisierung eine starke Gegenentwicklung.

Jour fixe am 2. November 1998
Der Begriff "Subpolitik" des Sozialwissenschaftlers Ulrich Beck wurde in seinen Schattierungen betrachtet und kritisch gewürdigt. "Direkte Demokratie" indes wurde als eine Chance die politische Debatte zu beleben angesehen. Auch wenn ihr gefährliche Aspekte anhaften, wie mittlerweile die Kampagne der CDU gegen den Doppelpaß bewiesen hat.

Eine Gruppe tut etwas völlig altmodisches: Sie diskutiert politische Themen und führt theoretische Debatten.

VI. Dokumentation

Stadt und Natur – Kunst und Ökologie (Buch)

Hrsg. Detlev Ipsen und Astrid Wehrle Konferenz vom 11. und 12. September 1997 in Kassel, 160 Seiten, Paperback, 20,– DM

Umfragen zeigen, daß etwa die Hälfte der Menschen sich von Umweltproblemen persönlich nicht betroffen fühlt: Die Kenntnis über sie wird nahezu ausschließlich medial vermittelt. Das Wissen, nicht die Erfahrung von ökologischen Zusammenhängen ist die derzeitige Grundlage des Umweltbewußtseins.

Die HGDÖ geht in einer Veranstaltungsreihe der Frage nach, wie es zu dieser Erfahrungsarmut kommt und wie eine Ästhetik der Ökologie zu entwickeln wäre. Ein Teil dieser Reihe war die Tagung *Stadt und Natur – Kunst und Ökologie*, die im Rahmen der documenta X in Kassel plaziert war. Die im Jahre 1998 erschienene Dokumentation dieser Veranstaltung enthält die wichtigsten Beiträge der dort versammelten hochkarätigen Runde. Der Band ist bei der HGDÖ zu bestellen.

STADT UND NATUR: Detlef Ipsen (*Die Landschaft der Stadt*), Gernot Böhme (*Die Atmosphäre einer Stadt*), Herbert Dreiseitl (*Ästhetik als Überfluß ... Gerade jetzt erst recht!*), Helmut Eigenmann (*Wasser als Gestaltungselement*), Peter Latz (*Vision neuer Landschaften*), Bernd Wagner (*Kulturverständnis – Naturverhältnis*).

KUNST UND ÖKOLOGIE: Thomas Röbke (*Naturerfahrung und Ökologie*), Bea Voigt und Hartmut Schenkluhn (*Kunst und Ökologie – Einführung in die künstlerische Szene*), Martin Schmitz (*Ökologie und Kunst. Anmerkungen des kritischen Diskutanden zu den Begriffen*), Hildegard Kurt (*Agenda 21 – Eine Herausforderung an neue Kunst im öffentlichen Raum*), Tobias Mohr (*Das Projekt "Von Innen nach Außen", Weimar/Erfurt*), Werner Henkel (*NaturArt*), Gabriele Jahnke (*Ästhetik – Notwendigkeit in Freiheit*).

Internet-Plattform

Die Homepage der HGDÖ: *www.hgdoe.de*

Wer nun fragt: "Wieso ist bitteschön eine Homepage eine Publikation?", dem muß gesagt werden: Ist sie, weil wir hier veröffentlichen, also publizieren. Für alle Leser gratis und ohne Anmeldung.

Im vergangenen Jahr haben wir unseren Online-Auftritt völlig überholt. Das Outfit ist jetzt noch benutzerfreundlicher und interaktiver, vor allem die Navigation wurde erleichtert und alles sieht besser aus. Es besteht nun die Möglichkeit, sich in unseren Online-Verteiler eintragen zu lassen, und so nicht nur Hinweise auf unsere Veranstaltungen per e-mail zu erhalten, sondern auch über jeden neuen Beitrag, den wir ins Netz stellen informiert zu werden.

Auf unserer Homepage finden sich neben Hinweisen auf uns und unsere vielschichtigen Aktivitäten wesentliche Beiträge aus unserer Arbeit: Vorbereitende Texte und nachbereitende Analysen. Hier sind auch die Ergebnisse der virtuellen Konferenz "Lernen und Bildung in der Wissensgesellschaft" einzusehen.

Damit nicht genug: In den Diskussionsforen kann jeder Besucher zur aktuellen politischen Debatte Stellung beziehen. Auch er wird publiziert.

Derzeit sind Foren zu folgenden Themen eingerichtet:

- Kosovo-Krieg: Daniel Cohn-Bendit (MdEP) eröffnet die Debatte um Bodeneinsätze der NATO
- Bildung 2001: Unsere Virtuelle Konferenz wird nachbereitet
- Rechtsradikale: Sind sie alle arme Schweine?

VII. Die HGDÖ persönlich

Odette Babosa, Soziologin aus Frankreich, war bis Ende 1998 bei der HGDÖ angestellt und kümmert sich um Finanzen, Buchhaltung und Verwaltung. Seit 1996 konzipierte, organisierte und leitete sie einige Projekte der HGDÖ (so z.B. die Studienreisen nach Frankreich und Portugal). Außerdem ist sie Mutter eines 4-jährigen Kindes und studiert Deutsch als Fremdsprache an der Goethe-Universität in Frankfurt.

Christian Gasche arbeitet seit 1996 als Bildungsreferent in der HGDÖ. Darüber hinaus ist er zuständig für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Nach seinem Germanistik und Jura Studium sowie zweijähriger Tätigkeit als AStA-Vorsitzender an der Universität Frankfurt am Main arbeitete er einige Jahre als freier Journalist und angestellter PR-Berater in einer Marketing- und PR-Agentur. Von 1993 bis 1997 war er Stadtverordneter für die GRÜNEN im Römer in Frankfurt am Main.

Mathias Fechter ist seit 1993 Geschäftsführer der HGDÖ. Bis zum Abschluß als Diplomsoziologe studierte er Politologie, Pädagogik und Soziologie. Währenddessen und danach war er in verschiedenen Organisationen der Bildungsforschung und der politischen Bildungs- und Projektarbeit tätig. Von 1990 – 92 leitete er außerdem die Jugendkontaktstelle von Bündnis 90/Die Grünen in Frankfurt.

Monika Hantschick ist Gründungsmitglied und im Vorstand der HGDÖ. Darüber hinaus ist sie für die hessische Stiftung Mitglied in der Heinrich-Böll-Stiftung. Nach der Ausbildung zur Apothekenhelferin studierte sie auf dem zweiten Bildungsweg Erziehungswissenschaften und arbeitete anschließend als Wissenschaftlerin in einem Forschungsinstitut, als politische Landessekretärin einer Gewerkschaft und seit 1989 bei der Stadt Frankfurt in der Volkshochschule und im Stadtschulamt.

Sebastian Popp, Jahrgang 1964, arbeitet heute als freier Berater im Bereich Medien (Filmproduktion/ Postproduction). Nach seinem Soziologiestudium folgte die Arbeit als »EU-Consultant«, Politiker im Römer zu Frankfurt und schließlich die Arbeit in einer Filmproduktion. Sein zweites ehrenamtliches Standbein ist die Arbeit im Vorstand der größten AIDS-Hilfe Deutschlands.

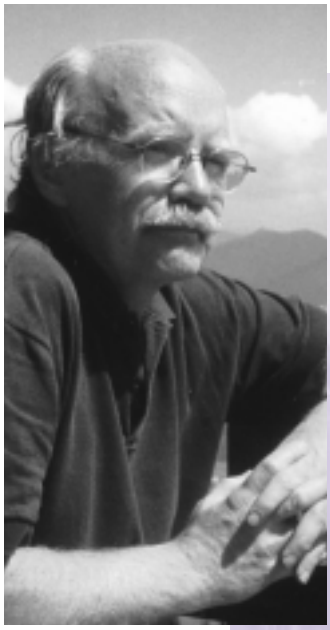
Anna Seifert absolviert momentan eine Ausbildung zur Drehbuchautorin an der Deutschen Film und Fernseh Akademie Berlin. Nach dem Philosophiestudium in Großbritannien kehrte sie nach Deutschland zurück und arbeitete als Kinomacherin, Übersetzerin und Bildredakteurin. Von 1989 bis 1993 war sie ehrenamtliche Stadträtin in Frankfurt am Main. Sie ist Gründungsmitglied der HGDÖ und war bis Februar 1999 im Vorstand tätig.

Dr. Ute Schädler, arbeitet als Analystin bei einer Mergers & Acquisition Advisory. Nach dem Studium der Volkswirtschaft promovierte sie am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Sie arbeitete u.a. als wissenschaftliche Mitarbeiterin und als Lehrbeauftrage für Wirtschaft an der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden. Sie ist seit 1995 im Vorstand der HGDÖ.

Vivien Lo gehört seit Februar 1999 zum Vorstand der HGDÖ. Neben ihrem Abschluß als Diplom-Volkswirtin studierte sie Anglistik und war in der studentischen Selbstverwaltung tätig. Zur Zeit arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem interdisziplinären Sonderforschungsbereich an der Johann-Wolfgang Goethe Universität zu den Themen Unternehmensvernetzung und Wissensmangement.

Margret Krannich arbeitet seit 1998 als Bildungsreferentin in der HGDÖ. Nach dem Studium der Politikwissenschaft und Germanistik arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin für Frauen- und Sozialpolitik bei der Fraktion Die Grünen im Europäischen Parlament in Brüssel, danach bei der Gewerkschaft HBV in Mannheim/Heidelberg. Daneben und dazwischen war und ist ehrenamtliches Engagement in verschiedenen Projekten für sie immer auch ein wichtiges Tätigkeitsfeld, so z.B. im Vorstand eines Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekts für Frauen.

Bernd Wagner arbeitet seit Februar 1999 im Vorstand der HGDÖ mit. Hauptberuflich ist er wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Kulturpolitik und stellvertretender Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft in Bonn. Darüber hinaus ist er als kulturpolitischer Publizist tätig. Zuvor Tätigkeiten im Verlags- und Buchhandelsbereich. Seit seinem Studium der Erziehungs- und Sozialwissenschaften Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre lebt er in Frankfurt/Main.



Alexander Nimmermann arbeitet seit Oktober 1998 als Jugendbildungsreferent in der HGDÖ. Nach seinem Studium der Politikwissenschaften und internationalen Beziehungen in Großbritannien, gefolgt von einem Praktikum bei der HSFK, arbeitete er mehrere Jahre als Leiter und Koordinator internationaler Projekte in der psychologischen Markt- und Kommunikationsforschung. Neben seiner Tätigkeit bei der HGDÖ ist er Musiker und Produzent.

VIII. Finanzbericht 1998

Einnahmen

1. Einnahmen Globalmittelhaushalt		
BMI Globalzuschüsse an politische Stiftungen		278.701,05 DM
2. Einnahmen aus anderen Zuwendungen (Projektbezogen)		
Zuwendungen Projektmittel Heinrich-Böll-Stiftung	88.968,23 DM	
Zuwendungen Projektmittel Land Hessen	40.000,00 DM	128.968,23 DM
3. Einnahmen aus Projekten		
Einnahmen aus Veranstaltungen (TN-Beiträge etc.)	20.484,98 DM	
Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren	2.236,60 DM	22.721,58 DM
4. Sonstige Einnahmen		
Sonstige Einnahmen	13.442,31 DM	
Zuschuß Arbeitsamt	120.751,00 DM	134.193,31 DM
Summe der Einnahmen		*564.584,17 DM*

Ausgaben

1. Personausgaben		- 221.407,27 DM
2. Sächliche Verwaltungskosten		- 112.577,07 DM
Summe Aufwand Geschäftsstelle		*- 333.984,34 DM*
3. Fachausgaben / Projekte		
Fachausgaben bezogen auf die Globalmittel des BMI	- 95.337,57 DM	
Fachausgaben bezogen auf andere Zuwendungen	-137.518,91 DM	
Summe Fachausgaben		*- 232.856,48 DM*
Summe der Ausgaben		*- 566.840,82 DM*
Zwischenergebnis		***- 2.256,65 DM***

Verein

Vereinseinnahmen	
Erhaltene Spenden	120,00 DM
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen zum Anlagevermögen	9.588,74 DM
Sonstige Einnahmen	500,00 DM
Vereinsausgaben	
Abschreibung auf Sachanlagen	- 9.588,74 DM
Sonstige Ausgaben	- 3.328,99 DM
Vereinsergebnis	*- 2.708,99 DM*
Jahresfehlbetrag	***- 4.965,64 DM***

Spendenaufruf

Unsere gemeinnützige Arbeit braucht Ihre Unterstützung: Eine finanzielle Zuwendung hilft uns, Ihnen weiterhin aktuelle Veranstaltungen anzubieten. Ihre Spende ist von der Steuer absetzbar und wird auf Ihren Wunsch hin, auch für ein bestimmtes Einzelprojekt verwendet.

Spenden bitte auf das Konto
Ktonr.: 227 650 der
Ökobank Frankfurt am Main e.G.
BLZ: 500 901 00

IX. Publikationsliste der HGDÖ

Bücher:

Stadt und Natur – Kunst und Ökologie
Hrsg. Detlev Ipsen/Astrid Wehrle. Mit Beiträgen von: Gernot Böhme, Herbert Dreiseitl, Helmut Eigenmann, Werner Henkel, Detlev Ipsen, Gabriele Jahnke, Hildegard Kurt, Peter Latz, Tobias Mohr, Thomas Rübke, Hartmut Schenkluhn, Martin Schmitz, Beatrice Susann Voigt, Bernd Wagner, Astrid Wehrle.
160 Seiten, Frankfurt am Main 1998.
ISBN 3-930832-07-0 20.– DM

Zivile Stadt – ziviles Land
Kooperative Planungsansätze
Hrsg. Christine Mussel. Mit Beiträge von: Peter Alheit, Christine Mussel, Reiner Keller, Angelika Poferl, Detlev Ipsen, Ingrid Lübke, Ute Raband, Eva Machada Barbosa, Luciano Fedozzi, Rüdiger Rahs.
142 Seiten, Frankfurt am Main 1997.
ISBN 3-930832-06-2 20,– DM

Zentral – regional – vernetzt
Perspektiven nachhaltiger Wirtschaftspolitik in Hessen
Hrsg. Christian Gasche. Mit Beiträgen von: Joseph Dehler, Jörg Eigenbrodt, Roland Erlebach, Christoph Ewen, Alexandra Landsberg, Detlef Lecke, Benjamin Schäfer, Marianne Weg.
64 Seiten, Frankfurt am Main 1997.
ISBN 3-930832-05-4 20,– DM

Liberalismus – neuer Bezugspunkt für grüne Politik?
Hrsg. Mathias Fechter. Mit Beiträgen von: Konrad Adam, Sabine Berghahn, Micha Brumlik, Wolfgang Engler, Andrea Fischer, Sybille Tönnies, Frieder O. Wolf.
84 Seiten, Frankfurt am Main 1996.
ISBN 3-930832-04-6 20,– DM

Stadt und Region – StadtRegion
Hrsg. Detlev Ipsen. Mit Beiträgen von: Detlev Ipsen, Walter Prigge/Klaus Ronneberger, Eckart Güldenberg, Hans-Joachim Kujath, Sotiris N. Chtouris, Ingrid Lübke/Nico Tielkemeijer, Manfred Kühn, Rainer Meyfahrt.
144 Seiten, Frankfurt am Main 1995.
ISBN 3-930832-03-8 20,– DM

Mut zur Politik
Gemeinsinn und politische Verantwortung
Hrsg. Mathias Fechter. Mit Beiträgen von: Micha Brumlik, Warnfried Dettling, Adalbert Evers, Thomas Gensicke, Dörthe Jung, Heiner Keupp, Peter Lohauß, Bernd Wagner.
134 Seiten, Frankfurt am Main 1995.
ISBN 3-930832-02-X 20,– DM

Das Theater und sein Preis
Beiträge zur Theaterreform
Hrsg. Sebastian Popp/Bernd Wagner. Mit Beiträgen von: Rolf Bolwin, Cornelia Dümcke, Hermann Glaser, Hans Herdlein, Arnold Petersen, Sebastian Popp, Martin Steinhoff, Bernd Wagner.
184 Seiten, Frankfurt am Main 1994.
ISBN 3-923064-64-0 20,– DM

Welthandel und Entwicklung
Hrsg. Philipp Nimmermann. Mit Beiträgen von: Philipp Nimmermann, Bernhard Fischer, Lothar Brock, Dirk Reinermann, Christa Randzio-Plath, Rainer Falk.
71 Seiten, Frankfurt am Main 1994.
ISBN 3-930832-01-1 12,– DM

Wer ist das Volk?
Deutsche Identität jenseits von Kleingartenidylle und Großmachtgehabe
Hrsg. Anna Seifert. Mit Beiträgen von: Imanuel

Geiss, Heinz Bude, Birgit Rommelspacher, Ingeborg Maus, Wolfgang Engler, Bodo Morshäuser.
95 Seiten, Frankfurt am Main 1994.
ISBN 3-930832-00-3 17,– DM

Broschüren:

Der Sozialstaat vor neuen Herausforderungen
Perspektiven des Umbaus
Hrsg. Mathias Fechter. Mit Beiträgen von Christel Eckart, Thomas Klie, Michael Opielka, Ilona Ostner, Thomas Rauschenbach.
52 Seiten, Frankfurt am Main 1997 10,– DM

Ästhetik – Ökologie, Natur – Kultur
Statements, Reflexionen, Protokoll
Mit Beiträgen von: Heinz Balzer, Friedrun Huemer, Detlev Ipsen, Gabriele Jahnke, Frank Jürgensen, Wassili Lepanto, Reinhard Pickl-Herk, Thomas Röbke, Bernd Wagner, Astrid Wehrle, Wolfgang Zacharias.
72 Seiten, Frankfurt am Main 1997 10,– DM

Demokratie an der Schnittstelle
Neue Medien und politische Perspektiven
Kongreßdokumentation
Hrsg. Mathias Fechter. Mit Beiträgen von: Armin Haase, Sabine Helmers, Hans Jürgen Krysmanski, Rainer Rilling, Mike Sandbothe, Ingrid Volkmer.
54 Seiten, Frankfurt am Main 1997 10,– DM

Neue Medien und die Aufgaben politischer Bildungs- und Projektarbeit
Konzeption für die zukünftige Programmarbeit der Landesstiftungen und -bildungswerke der Heinrich-Böll-Stiftung.
Von Mathias Fechter und Bernd Wagner.
55 Seiten, Frankfurt am Main 1996 10,– DM

Zerfall rot-grüner Mehrheitsfähigkeit
– großstadtspezifisches Problem oder allgemeiner Trend?
Tagungsdokumentation
Mit Beiträgen von: Michael Jäger, Joscha Schmierer und andere.
32 Seiten, Frankfurt am Main 1996 8,– DM

Zeitschrift “Beiträge“

Rolf Krämer
Recht um jeden Preis? Freiheitsrechte und Sparzwänge im Rechtsstaat
1/1996. ISSN 0945-5744

Positionspapier:

“**Hormonell wirksame Umweltchemikalien**“

Videofilm

Schnappschüsse: Zum Stand der Akademie-Debatte oder wie stark muß die Lokomotive sein, um den “Akademie-Zug“ in Fahrt zu bringen?
Kurzfilm über die 4. Gesprächsrunde der Frankfurter Gespräche zu Perspektiven politischer Bildungs- und Projektarbeit am 02.02.1996. Mit: Daniel Cohn-Bendit, Mathias Fechter, Sebastian Popp, Uwe Speckmann, Bernd Wagner u.a.
(15 Min.) 40,– DM

Videodokumentation

Spiel ohne Grenzen? Im Zeichen der Globalisierung: Perspektiven europäischen Politik.
Von Mathias Fechter und Christian Gasche
45-minütige Dokumentation der Podiumsdiskussion mit Ulrich Beck, Pierre Bourdieu und Joschka Fischer am 8.6.1997 in Frankfurt a.M.
40,– DM

X. Selbstdarstellung

Die Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie e.V. (HGDÖ) ist die hessische Landesstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung (HGDÖ). Sie ist politisch und rechtlich unabhängig. Als politische Stiftung ist sie der Partei Bündnis 90 / Die Grünen nahestehend, aber nicht hörig. Als Stachel im Fleisch will sie vielmehr die Möglichkeiten sozial-ökologischer Politik kritisch reflektieren.

Die HGDÖ sieht ihre Aufgabe darin, den politischen Dialog zu fördern und die öffentliche Auseinandersetzung zu den gesellschaftlich relevanten Themen der Zeit zu organisieren. Vor dem Hintergrund immer schnellerer Veränderungsprozesse interessieren besonders die aktuellen und langfristigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten. In diesem Sinne ist die HGDÖ im Bereich politischer Bildungs- und Projektarbeit tätig. Tagungen, Seminare, Kongresse, Podiumsdiskussionen mit öffentlicher Außenwirkung und Veröffentlichungen sind ihre primären Projektformen.

Die HGDÖ will in Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern, Politikerinnen und Politikern, Wissenschaftlern und Expertinnen immer wieder neue Perspektiven des Zusammenlebens entwickeln und an das erinnern, was politisch realistisch, möglich und nötig ist. Kommunikation und Austausch mit Persönlichkeiten und Initiativen und Verbänden, aus Wissenschaft, Kultur und Praxis sind für die HGDÖ lebensnotwendig; der Dialog mit Andersdenkenden ist integraler Bestandteil ihrer Arbeit.

Die thematischen Schwerpunkte der Bildungs- und Projektarbeit liegen besonders in folgenden Feldern:

- Demokratie im Zeitalter der „Globalisierung“
- Bedingungen nachhaltiger Entwicklung
- Europa und der europäische Einigungsprozesses
- Perspektiven der Geschlechterdemokratie
- Schnittstellen von Kunst, Kultur und Politik
- Neue Medien und ihre politisch-partizipativen Möglichkeiten

Von wichtiger Bedeutung hierbei ist die Zusammenarbeit mit jungen Künstlerinnen, Künstlern und Intellektuellen sowie dem akademischen Nachwuchs. Diese Gruppen sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Arbeiten einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen; umgekehrt können sie auf diese Weise für die Bildungs- und Projektarbeit der HGDÖ gewonnen werden. Das politische Interesse zu wecken und jungen Menschen Lust zur Übernahme von Verantwortung zu machen, ist Ziel der HGDÖ.

Geschichte der HGDÖ

1992 – Gründung und Eintragung der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie e.V. ins Vereinsregister Frankfurt am Main
– Anerkennung von den Grünen Hessen als nahestehende und unabhängige Landesstiftung für politische Bildungs- und Projektarbeit
– Aufnahme als Hessische Landesstiftung in buntstift e.V., dem Zusammenschluß der grünennahen Länderbildungswerke im Stiftungsverband Regenbogen e.V.

1996 Erneute Anerkennung der HGDÖ als Bündnis 90 /Die Grünen Hessen nahestehende politische Stiftung und Anerkennung als hessische Landestiftung der Heinrich-Böll-Stiftung

1997 Verschmelzung der alten grün-nahen Stiftungen (Buntstift e.V., FrauenAnstiftung e.V. und Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Köln) in die neue Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Die HGDÖ bietet pro Jahr ca. 20 bis 30 Tagungen, Kongresse und öffentliche Veranstaltungen an. Dazu wird öffentlich eingeladen.